

**Bezugspreis:**  
Direktabnehmer 4,50 M. monatlich, 12 M. für ein Jahr, voraus zahlbar. Post-  
bezug monatlich 12 M. einjährig 120 M. einschließlich  
Postgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Memelgebiet, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Lettland 25 M. für  
das übrige Ausland 32 M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Fän-  
nemark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll und Voll“, der Unter-  
haltungsbeilage „Simpel“ und der  
Beilage „Sieblina und Ringarten“  
erscheint wochentäglich zweimal, Sam-  
stags und Sonntags einmal.  
Telegraphisch: Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die zehnspaltige Kopparzeile  
kostet 7,- M. „Aloine Anzeigen“  
das setzgedruckte Wort 3,- M. (zu-  
läufig zwei setzgedruckte Worte) jedes  
weitere Wort 1,50 M. Stellenangebote  
und Geschäftsanzeigen das erste  
Wort 1,50 M., jedes weitere Wort  
1,- M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnement Seite 4,- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zerstellungsbeitrag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4½ Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gestrichet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Morikuplan 15195-97  
Expedition Morikuplan 11753-54  
Donnerstag, den 22. Dezember 1921  
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Morikuplan 11753-54

## Jagow verurteilt und verhaftet.

Leipzig, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)  
Im Jagow-Prozess wurde heute nachmittags 4½ Uhr das  
Urteil des Reichsgerichts verkündet. Der Angeklagte  
v. Jagow wurde wegen Beihilfe zum Verbrechen  
des Hochverrats zu fünf Jahren Zuchthaus  
verurteilt. Gegen die Angeklagten v. Wangenheim  
und Dr. Schiele wurde das Verfahren auf Grund des  
Amnestiegesetzes eingestellt. Die Kosten des Ver-  
fahrens sollen dem Angeklagten v. Jagow zur Last, so-  
weit sie durch das Verfahren gegen die Angeklagten  
v. Wangenheim und Schiele entstanden sind, werden sie  
der Staatskasse auferlegt. Die Haftbefehle gegen v. Wan-  
genheim und Schiele wurden aufgehoben.

Der Angeklagte v. Jagow wurde durch den Ober-  
reichsanwalt sofort in Haft genommen.

Am 13. März 1920 ging das hochverräterische Unter-  
nehmen der Kapp und Genossen in Szene. Am 21. Dezember  
1921 ist das erste gerichtliche Urteil gegen Teilnehmer des  
Putschs ergangen. Genau ein Jahr, neun Monate und acht  
Tage hat der Berg des höchsten deutschen Gerichtshofes ge-  
kreuzt, um ein Mäuslein zu gebären. Denn das sei mit aller  
Klarheit vorangestellt: dem berechtigten Verlangen nach  
rechtlicher Sühne dieses fribolen Streichs, der in seinen  
Auswirkungen hunderten von Menschen das Leben gekostet  
und Deutschland an den Rand des Abgrunds gebracht hat,  
entspricht dieses Urteil nicht.

Die matte Befriedigung darüber, daß wenigstens ein  
Täter zu einer nicht übermäßig hohen Strafe verurteilt wor-  
den ist, wird mehr als aufgewogen durch die Tatsache der  
Amnestierung der beiden anderen kaum weniger schuldigen  
Mitangeklagten. Die Einbeziehung Wangenheims und  
Schieles in das Amnestiegesetz erscheint erst im richtigen Licht,  
wenn man folgendes beachtet: Nach dem Amnestiegesetz sollten  
die Urheber und Führer des Putschs von der Straf-  
losigkeit ausgenommen sein. Der Begriff der Führerschaft ist  
schon im Vorverfahren durch das Reichsgericht so einengend  
ausgelegt worden, daß gegen ganze zehn Teilnehmer des  
Putschs ein Eröffnungsbeschluss zustande kam. Von diesen  
zehn Teilnehmern sind sieben (Kapp, Lüttich, Bauer,  
Pabst, Schöner, Trebitsch-Vincow und Ehrhardt) der Justiz  
zurzeit unerreichbar. Drei Angeklagte konnte man vor Ge-  
richt zitieren und von diesen wurden durch das Urteil wieder-  
um zwei als „Nichtführer“ ausgeschieden. Damit reduziert  
sich die Zahl der reichsgerichtlich anerkannten Führer des  
Putschs nunmehr auf acht. Sollten aber die sieben übrigen,  
falls man ihrer jemals habhaft wird, in ähnlichem Verhältnis  
der Amnestie für feilhaftig erklärt werden, so würden schließ-  
lich nur noch drei oder vier Führer übrig bleiben! Keiner  
konnte der Sinn des Amnestiegesetzes, konnte der  
Wille des Gesetzgebers, wie er aus den das Gesetz  
begründenden Reichstagsreden klar hervorgeht, nicht ins  
Gegenteil verkehrt werden.

Die sachliche Begründung, die der Anwendung des  
Amnestiegesetzes vom Reichsgericht gegeben wurde, bestätigt  
dieses Urteil. Sie läuft nämlich letzten Endes hinaus auf die  
Wiederholung der Knifflichkeit, mit der v. Jagow — dieser  
freilich vergeblich — sich aus der Schlinge zu ziehen trachtete:  
Schiele und Wangenheim hätten vielleicht versucht, eine  
führende Rolle im Kapp-Putsch zu spielen, sie seien aber  
nicht dazu gekommen. — Juristisch erscheint diese Be-  
gründung reichlich windschief, politisch und moralisch bietet  
sie den schwachen Trost, daß sie die Klugheit der  
politischen Hanswürste auf der Anklagebank einigermaßen  
unterstreicht. Mit solcher Begründung amnestiert  
zu werden, ist politisch blamabler, als auf Grund eines  
ehrlichen Bekenntnisses ins Gefängnis oder auf die  
Festung zu gehen.

In seinem Gesamthalt aber bestätigt dies Urteil das oft  
beobachtete Verhalten der Justiz gegen rechts, die  
Zughaftigkeit des obrigkeitstaalich geschulten Juristentums  
gegenüber reaktionären Staatsverbrechern. So bildet  
dieses Urteil eine neue Mahnung, die Reform der  
Justiz und namentlich die Auslese des juristischen  
Nachwuchses aus den breiten Volksmassen mit allem  
Eifer zu fördern. Die weitere Tatsache, daß von der Ver-  
teidigung die Gültigkeit des Hochverratsparagrafen — wenn  
auch ohne Erfolg — bezweifelt werden konnte, ist eine weitere  
Mahnung, die veralteten Paragrafen des  
Strafgesetzbuches mit höchster Beschleunigung der  
republikanischen Verfassung anzupassen.

Doch nicht nur im allgemeinen, auch im speziellen  
Fall muß Remedur eintreten, soweit das irgend möglich ist.  
Wir erwarten, daß der Oberreichsanwalt, der die Sache der  
Anklage in diesem Prozeß zweifellos mit Aufrichtigkeit und  
Energie durchgeführt hat, die Ergebnisse der Beweisaufnahme

### Märzopfer-Amnestie.

Wie wir erfahren, wird auf Wunsch des Reichspräsidenten  
Ebert der Reichsjustizminister Radbruch noch vor den Fest-  
tagen einer großen Anzahl von Verurteilten, die auf Grund sonder-  
gerichtlichen Urteils Strafen bis zu einem Jahre zu verbüßen haben,  
Strafunterbrechung zuteil werden lassen mit der Aus-  
sicht auf bedingten Straferlaß nach Prüfung der ein-  
zelnen Urteile.  
Diese Maßnahme des Reichspräsidenten wird einem großen  
Teil der Familien, die ihre Ernährer seit vielen Monaten vermissen,  
zur größten Weihnachtsfreude gereichen.

benutzt, um unverzüglich die Einleitung neuer Ver-  
fahren gegen die Personen anzustrengen, die zweifellos  
als Führer des Kapp-Unternehmens zutage getreten sind.  
Dies gilt z. B. von Herrn v. Falkenhäusen, gegen den  
der erste Senat des Reichsgerichts seinerzeit Einstellung des  
Verfahrens beschloß. Die Beweisaufnahme hat Herrn  
v. Falkenhäusen derart belastet, daß schließlich der Angeklagte  
v. Jagow ausrief: „Wenn man mich verurteilen will, warum  
dann nicht erst Herrn v. Falkenhäusen, der zehnmal mehr  
getan hat als ich!“ Nachdem Jagow verurteilt worden  
ist, muß ihm selber die Verurteilung Falkenhäusens als drin-  
gendes Gebot der Gerechtigkeit erscheinen. Gestützt auf das  
neue Beweismaterial dieses Prozesses hat der Oberreichs-  
anwalt die Pflicht, von neuem die Eröffnung des Verfahrens  
gegen Falkenhäusen zu beantragen.

Beit notwendig ist die Erhebung der Anklage  
gegen den Mann, der sich selber durch seine Aussage in deut-  
lichster Weise als der geistige Hauptführer des Kapp-  
streiches entlarvt hat: gegen Ludendorff. Nach den Er-  
gebnissen der Beweisaufnahme darf eine Justiz, die ohne  
Ansehen der Person verfahren will, nicht vor der  
Person Ludendorffs halt machen. Jedem Sehenden ist in  
diesem Prozeß klar geworden, daß die Kapp und Lüttich mit  
ihren mehr oder weniger obliquen Hintermännern nie-  
mals ihr Unternehmen gewagt haben würden, wenn sie sich  
nicht der Unterstützung eines Mannes mit so überragen-  
dem Namen wie Ludendorff völlig sicher gefühlt hätten.  
Niemand ist mehr Führer, niemand mehr Urheber des  
Kapp-Unternehmens gewesen als Ludendorff!

Schließlich ist dafür Sorge zu tragen, daß der einzige  
Verurteilte des Prozesses, Herr v. Jagow, seine Strafe auch  
wirklich verbüßt. Die sofortige Inhaftnahme  
v. Jagows durch den Oberreichsanwalt wird im Volke mit  
Genugtuung anerkannt werden. Da Herr v. Jagow in seiner  
öffentlichen Kontroverse mit dem ehemaligen Reichsjustiz-  
minister Schiffer selber erklärt hat, daß er seit dem Kapp-  
Putsch nicht einen einzigen Tag krank gewesen ist,  
so wird ihm selber wie seinen Hintermännern jeder Vorwand  
abgeschnitten sein, etwa jetzt eine Eulenburgiade mit ihm auf-  
zuführen.

Aber alles, was dafür geschehen kann, daß das Rechts-  
gefühl durch positive Bestrafung der Täter Befriedi-  
gung finde, ist selbst im günstigsten Falle äußerst wenig. Selbst  
bei striktester Befolgung der hier gemachten Vorschläge kann  
nie und nimmer der weitenweite Unterschied  
zwischen der Bestrafung der Teilnehmer des kappisti-  
schen Märzunternehmens von 1920 einerseits und des kom-  
munistischen Märzunternehmens von 1921 andererseits  
ausgeglichen werden. Hier gibt es nur noch eine Möglich-  
keit, das verletzte Rechtsempfinden zu heilen, nämlich indem  
man hintritt und offen erklärt: Nachdem die Justiz es nicht  
ermöglicht hat, die Teilnehmer eines von rechts her in-  
szenierten hochverräterischen Unternehmens zu bestrafen,  
bleibt nur die eine Möglichkeit, die Teilnehmer eines von  
links her inszenierten hochverräterischen Unternehmens auf  
genau dem gleichen Fuß zu behandeln.

Gegen eine allgemeine Amnestie der Opfer des März-  
putsches haben anfangs schwerwiegende Bedenken bestanden.  
Aber schon die Veröffentlichung des Zeitschriften-Materials hat  
dieser Frage ein ganz neues Gesicht gegeben, wie selbst  
die „Tägliche Rundschau“ unumwunden anerkannt haben.  
Durch das Urteil des Reichsgerichts ist wiederum ein neues  
Moment zugunsten der Verurteilten in die Erscheinung ge-  
treten. Die auf Wunsch des Reichspräsidenten Ebert vom  
Reichsjustizminister Radbruch angeordneten Straf-  
unterbrechungen zu Weihnachten, über die wir an  
anderer Stelle berichten, stellen einen erfreulichen An-  
fang des Weges dar, der die Konsequenz des Leip-  
ziger Reichsgerichtsurteils bildet.

Doch dieser Weg muß weiterbegangen werden.  
Das Leipziger Urteil macht eine allgemeine Amnestie-

rung der politischen Strafgefangenen aus den mittel-  
deutschen Unruhen von 1921 zur Notwendigkeit. Wären die  
Urheber gemeiner Verbrechen ausgeschloffen bleiben. Aber  
wenn ein Wangenheim, ein Schiele sich der Freiheit  
erfreuen, dann können nicht länger Hunderte von Arbeitern  
im Gefängnis gehalten werden, die nichts anderes und  
nichts Schlimmeres getan haben als jene. Das Reichs-  
gericht hat sich durch sein Urteil zum Fürsprecher der  
mitteldeutschen Gefangenen — wenn auch wider Willen —  
gemacht, möge also das Urteil von Leipzig wenigstens eine  
gute Folge haben!

### Die Strafzumessung im Fall Jagow.

Ueber die juristischen Grundlagen des Reichsgerichtsurteils sei  
hier kurz folgendes bemerkt: Jagow ist verurteilt worden auf Grund  
des § 81 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches. Dieser lautet:

Wer außer den Fällen des § 80 (Mord am Kaiser oder  
Landesherrn. Red.) es unternimmt:

1. ...
2. die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines  
Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge  
(ein Musterbeispiel für den veralteten Zustand des StGB!  
Red.) gewaltsam zu ändern,  
wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem  
Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft  
bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt  
Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Das Gericht hat v. Jagow mildernde Umstände zugebilligt, da-  
nach wären fünf Jahre Festung die Mindeststrafe für ihn ge-  
wesen, wenn das Gericht bei ihm Haupttäterhaft ange-  
nommen hätte. Das Gericht hat aber nur Gehilfenschaft an-  
genommen. Gehilfe ist nach § 49 StGB:

wer dem Täter zur Begehung des Verbrechens oder Ver-  
gehens durch Rat und Tat wesentlich Hilfe ge-  
leistet hat.

Nach § 49 StGB ist die Strafe des Gehilfen nach den Grund-  
sätzen über die Bestrafung des Verleuhers festzusetzen. Diese Grund-  
sätze sind im § 44 StGB niedergelegt.

Danach kann bei zeitiger Freiheitsstrafe die Strafe bis auf ein  
Drittel des Mindestbetrages der auf das Verbrechen oder Vergehen  
angedrohten Freiheitsstrafe ermäßigt werden. Für Jagow wäre also  
die Mindeststrafe der vierte Teil von fünf Jahren Festung, d. h.  
1¼ Jahre Festung gewesen. Das Gericht ist jedoch über diese Min-  
destgrenze hinausgegangen und hat fünf Jahre Festung festgelegt.  
So erklärt sich der scheinbare Widerspruch, daß im § 81 fünf Jahre  
Festung als Mindeststrafe (für Täter!) verzeichnet sind, das Gericht  
aber in seinen Urteilsgründen ausdrücklich hervorhebt, daß auf eine  
verhältnismäßig schwere Strafe habe erkannt werden  
müssen.

Die weitere Frage wird wahrscheinlich von der Rechtspreffe auf-  
geworfen werden, wieso Jagow nicht unter die Amnestie einbe-  
zogen worden ist, wenn er doch nur wegen Gehilfenschaft be-  
straft worden ist. Hierzu ist zu bemerken, daß das Amnestiegesetz  
die „Urheber und Führer“ des hochverräterischen  
Unternehmens von der Amnestie ausnimmt. Dieser Begriff deckt sich  
nicht ohne weiteres mit dem der juristischen Täterschaft im  
Begriff der Gehilfenschaft. Wer „durch Rat und Tat wesentlich  
Hilfe leistet“, kann gerade hierdurch eine führende  
Rolle in einem hochverräterischen Unternehmen spielen, wenn diese  
Worte auch die juristische Definition der Gehilfenschaft dar-  
stellen. Unseres Erachtens hätte freilich Jagow verdient, nicht nur  
als Gehilfe, sondern als unmittelbarer Täter bestraft zu  
werden. Doch ist das Urteil des Reichsgerichts endgültig, weder  
vom Angeklagten, noch vom Ankläger durch Rechtsmittel anfechtbar.  
Seine Rechtskraft beginnt sofort mit der Verkündung.

### Die Neuregelung der Beamtgehälter.

Heute neue Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministe-  
rium und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am  
Mittwoch nachmittag nicht stattfinden können, da eine wichtige Ka-  
binett Sitzung den Minister zur Vertagung der Besprechungen auf  
Donnerstag veranlaßte. Die Gewerkschaften werden grund-  
sätzlich auch gegenüber dem Reichsfinanzministerium auf ihren For-  
derungen bestehen und vor allen Dingen eine Erhöhung der Grund-  
gehälter verlangen. Soweit die Art der Erhöhung in Frage  
kommt, haben die Gewerkschaften ihre bisherigen Anschauungen  
revidiert und sind bereit, diesbezüglich an der Festlegung anderer  
Sätze mitzuwirken. Hierzu hat man sich entschlossen, weil inzwischen  
der Ausverkauf eine starke Eindämmung erfahren hat, sich somit  
auch die allgemeinen Verhältnisse ändern, und weil letzten Endes  
die außenpolitische Situation eine gewisse Zurückhaltung erfordert.  
Die Spitzenorganisationen erwarten, daß die Regierung, die



bisher alle Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen abgelehnt hat, nunmehr gleichfalls einlenkt und dazu beiträgt, daß die augenblickliche Erregung innerhalb der Beamtenschaft bald beigelegt wird.

### Kein „Ultimatum“ der Postbeamten.

Inbesondere den Lohnfragen gegenüber hat sich P. M. im „Berliner Tageblatt“ immer weiter nach rechts entwickelt. Das ist schließlich seine Sache. Nur darf der Leberreifer nicht so weit gehen, daß er zu falscher Berichterstattung verleitet. Während der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Morgenausgabe die Entschliessung der Post- und Telegraphenbeamten in ihrer Versammlung am Dienstagabend wortwörtlich zum Ausdruck bringt, brachte P. M. in der Ausgabe des „B. T.“ von gestern abend eine Entschliessung als angenommen, wonach der Regierung „ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt“ sei, mit Ablauf heute mittag 12 Uhr. In diesen angeblichen Beschluß knüpft P. M. eine entsprechende Polemik, der die Grundlage fehlt. Das eben zeichnet die Beamtenschaft aus, daß sie trotz der stark erregten Stimmung kein Ultimatum stellt, sondern sich bei ihrem Beschluß von der Ueberzeugung leiten ließ. Um so weniger erscheint es angebracht, durch falsche Berichterstattung die Situation zu verwirren.

Die „Rote Fahne“, die samt ihrem ganzen Anhang nicht in der Lage ist, für die Beamten auch nur eine Papiermarte an Gehaltsverbesserung durchzusetzen, ist mit den Spitzenorganisationen teilsweise zufrieden. Die Art und Weise, in der von den Spitzenorganisationen Gehalts- und Lohnbewegungen geführt werden, müßte jeden vernünftig denkenden Menschen geradezu kindisch an. Die „famosen“ Beamtenschaftler verhandeln immer wieder, anstatt die Parole zum Streik auszugeben. Es ist überflüssig, mit dem Blatt darüber zu rechten. Jedem vernünftig denkenden Menschen aber leuchtet ein, daß, um bei jedweder möglichen und unmöglichen Gelegenheit zum „Streik“ zu rufen, nichts weiter gehört, als das Wunderwort. Die „famosen“ Führer aber haben zu beurteilen, ob die Forderungen durchführbar sind und nur böser Wille auf der anderen Seite ihrer Durchführung im Wege steht, oder aber, ob sachliche Schwierigkeiten zu berücksichtigen sind; ob und wie weit Verhandlungen erfolgversprechend sind, ein Streik notwendig und durchführbar ist und was so dergleichen Kleinigkeiten mehr sind, die die großen KP.D.-Befehle nicht genießen, da nicht sie, sondern „die anderen“ die Mittel aufzubringen und die Verantwortung zu tragen haben.

### Die Eisenbahner.

Die Versammlung der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den Andreas-Festhallen, über die wir morgen näher berichten, forderte in einer Entschliessung, daß noch vor Weihnachten sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern 1000 Mark als Vorschuß auf eine spätere Lohnaufbesserung ausbezahlt seien.

Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 21. Dezember 1921 tagende Versammlung der Funktionäre der Ortsgruppe Berlin des D. E. V. steht gemäß der wirtschaftlichen und politischen Lage aus dem Standpunkt, daß die augenblickliche Lohnbewegung nicht zum Ziele führen kann. Ausgehend von der Erwägung, daß die unhaltbare wirtschaftliche Misere, in der alle Arbeitnehmer sich befinden, durch getrennte Lohnbewegungen nicht behoben wird, fordern die Versammelten den Hauptvorstand auf, umgehend mit allen freien Gewerkschaften in Fühlung zu treten, um eine gemeinsame Bewegung aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in die Wege zu leiten. Die Versammelten sind der Ansicht, daß dem geeinten Kapital die geschlossene Front der Arbeitnehmerschaft entgegengesetzt werden muß, um die Bewältigung des Existenzminimums zu erreichen. Weiter sind die Funktionäre überzeugt, daß die bisherige Taktik nicht zum Ziele führt, weil die Nichtorganisierten oder in anderen Organisationen vereinten Arbeitnehmer schwer für die freie Gewerkschaft gewonnen werden können, wenn die Maßnahmen sich nicht von der Taktik der übrigen Organisationen unterscheiden. Gleichzeitig fordern die Versammelten, den schon längst fälligen vom A. D. G. V. angebotenen Forderungen durch diese gemeinsame Front zum Durchbruch zu verhelfen, um so den uns durch die Verhältnisse aufgezwungenen Kampf erfolgreich für die Arbeitnehmerschaft zu Ende zu führen.“

### Scham.

Ich schäme mich, ein Mensch zu sein. Meine Verzweiflung ist berechtigt. Ich weiß: in Paris, in London, in Rom, in Berlin und in New York überfressen sich aufgedunsene Menschen den faulen Bauch — und an der Wolga verhungern die Kinder zu Tausenden.

Was soll ich tun? Meine Seele schreit ihren Schmerz in die kalte Dezembernacht — — —

Hohnlachend antwortet mir vom finstern Walde her meine eigene Hilflosigkeit. Und Kinder sterben. Und Kinder verhungern.

Wenn ich auf die hellen Plätze und auf die sauberen Promenaden der Großstädte trete und mit bittenden und drohenden Worten zur Hilfe für die Wolgaländer aufrufe:

Dann wird man mich verlachen — oder man wird mich gar als Narr ins Irrenhaus sperren.

Und berufe ich Versammlungen ein — dann werden die kommen, die selber hungern — es werden die kommen, die wohl geben möchten, aber nicht geben können — — —

Die wirklich helfen könnten: die werden nicht kommen: denn sie wollen nicht helfen.

Ich schäme mich, ein Mensch zu sein.

Mag Dortu.

### Weihnachtsklänge.

Konzertschau von Kurt Singer.

„Juchzet, frohlocket, auf, preiset die Tage“ — mit solchem Trompeten- und Paukenschall ruft uns Bach in seinem „Weihnachtsoratorium“ zur Feier; und es dehnt und steigert und ballt Stimmungen der Einzelkantaten aus allen Regionen der Ekstase, der Ipirischen Betrachtung, der dramatischen Belebung in eine einzige große Musiksprache. Zwölf Tage und Nächte, bis zum Sonntag nach Neujahr, reicht das Epos und läßt uns nicht los, gerade weil der Mangel einer stilistischen Einheit uns jedes Teilchen lieben läßt. Dieses Oratorium, still und sanft in den Choralen, flink und frisch in den Solofähren und dankerfüllt im Wurf der Chöre, vollstimmlich und überreich an menschlicher Empfindung, weckt den Gegenwärtigen aus seiner Besorgnis in die Hoffnungsweite. Was wäre weihnachtlicher? Der schwache Menschengeist ermuntert sich, das schöne Morgenlicht bricht an. Ein hoher Klang, aller Menschheit sichtbar, wirbt für Verbrüderung. Was wäre göttlicher? Noch ist die Erfüllung weit fern, und „Teufel, Sünd' und Hölle“ scheinen ungeschwächt. Aber das Neugeborene, weihnachtlich begrüßt, löst die Zweifel fort. Ein Symbol: aus der Hütte der Armut ersticht sieghaft der Palast, in dem sich vor Güte, Wahrheit und Herrlichkeit, Reichtum der Seele die Welt beugt. Dieses Weihnachtsoratorium

### Die Befoldungsfrage.

Nach einer Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes bestehen die Gewerkschaften auf einer Erhöhung der Grundgehälter, wobei sie nicht abgesehen sind, die tatsächliche Eindämmung des Ausverkaufs mit zu berücksichtigen. Die für Mittwoch nachmittag geplanten Verhandlungen mußten wegen Verhinderung des Reichsfinanzministers durch eine Kabinettsitzung verlagert werden.

Der Beamtenschaftsausschuß des Reichstags sprach sich, wegen ihrer Unvollständigkeit, gegen die geplante Gehaltsaufhöhung an Beamte und Angestellte der Ortsklassen A und B, soweit sie nicht durch das neue Ortsklassenverzeichnis höher eingestuft werden, aus. § 1 des Beamtenschaftsgesetzes lautet nach den Beschlüssen erster Lesung:

„Für alle Beamten des Reichs, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts sind zur Wahrung ihrer Interessen und zur Unterstützung der Verwaltungen in der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben bei den Behörden und Dienststellen, je nach dem Aufbau der Verwaltungen, Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenräte zu errichten. Bestehen zwischen der untersten und höchsten Instanz mehrere Zwischeninstanzen, so ist nur bei einer von diesen ein Bezirksbeamtenrat einzurichten. Die Reichsregierung und die Landesregierungen können nach Verhandlung mit dem zuständigen Hauptbeamtenrat von der Errichtung von Bezirksbeamtenräten absehen. Die Reichsregierung und die Landesregierungen können Beamte der Körperschaften des öffentlichen Rechts nur mit Zustimmung des zuständigen Hauptbeamtenrats von der Unterstellung unter dieses Gesetz befreien. Mit Zustimmung des zuständigen Hauptbeamtenrats kann bestimmt werden, daß gewisse Beamte von der Anwendung dieses Gesetzes oder einzelner Bestimmungen ausgenommen werden.“

§ 2 wurde, nachdem Abg. Steinkopf (Soz.) die Bestimmungen, die sich über das außerordentliche Verhalten der Beamten Kontrollrechte anmaßen, für empörend erklärt hatte, mit einer geringen redaktionellen Änderung angenommen, ebenso § 3.

### Die neuen Steuern.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurden am Mittwoch zur Kapitalverkehrssteuer die Bestimmungen über die Gewährung von Vergünstigungen durch Kapitalgesellschaften an die zur Ueberwachung ihrer Geschäftsführung verfassungsmäßig bestellten Personen angenommen. Gemäß einem Antrag Bernstein (Soz.) wurde hinzugefügt, daß bei betragsmäßigen Gewerkschaften der Ausschussratssteuer auch die Mitglieder des Grubenvorstandes unterliegen, mit Ausnahme der Mitglieder, die die laufende Verwaltung der Gewerkschaften tatsächlich führen. Unter Ablehnung eines demokratischen Antrags auf Streichung wurde die Anwartschaftsteuer gemäß einem Zentrumsantrag auf 2 Proz. des Wertes des Gegenstandes zur Zeit der Entstehung der Steuer Schuld festgesetzt. — Ferner soll bei der Gewerbeanschaffungssteuer auf die nach den Verdrängungsschäden, Auslandsschäden und Kolonialschadengesetzen Entschädigungsberechtigten, sofern der Erwerb vor dem 31. Dezember 1921 stattfindet und die Voraussetzungen des § 5 des Verdrängungsschadengesetzes zutreffen, § 7 des Auslandsschadengesetzes angewandt werden. Die Länder sollen 50 Proz. der in ihrem Gebiet auftommenden Gewerbeanschaffungssteuer erhalten, und dieser Anteil soll an die Gemeinden abgeführt werden. § 97, der dem Gesetze rückwirkende Kraft vom 1. September 1921 geben will, wird nach lebhafter Debatte angenommen. — Nächste Sitzung Mitte Januar.

### Die Kosten der Republik.

Die Behauptungen der Rechtspresse über leichtfertige Gebührensverwilligungen nach der Revolution, namentlich an führende Männer in der Republik, haben, wie die P. R. erfahren, das Reichsministerium des Innern veranlaßt, eine Zusammenstellung der in den leitenden Stellen entfallenden Kosten zu machen. Dabei hat sich ergeben, daß für Gebührende Solcheauftraggeber, Reichsminister und Reichsfinanzler vom Tage der Revolution bis zum 31. Dezember 1921 die Republik insgesamt die Summe von 520000 Papiermark aufgewendet hat. Diese „Summe“ beweist, daß an leitenden Stellen mit einer geradezu vorbildlichen Enthaltsamkeit und Selbstbeschränkung gearbeitet worden ist.

Die Revolverkonferenz Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens ist abgeschlossen. Das wichtigste Ergebnis ist der Beschluß, einen gemeinsamen Handelsvertrag der vier baltischen Staaten mit Sowjetrußland anzuknüpfen.

### Zwei Verhaftungen.

Wir meldeten gestern die Verhaftung eines Mitarbeiters der „Roten Fahne“, Leo Borochowicz, der polnischer Staatsbürger ist, aber einen falschen deutschen Paß auf den Namen Gottfried Wagner führte. Die Verhaftung erfolgte wegen Urkundenfälschung. Nun ist auch die bekannte Kommunistin Ruth Fischer verhaftet worden, die in Wirklichkeit Elzriede Friedländer heißt, als Desertierin ausgewiesen, aber unter dem Namen Wagner nach Preußen zurückgekehrt war. Sie hatte an dem Jenaer Parteitag rednerisch teilgenommen, nahm dann als Beauftragte Moskauer ihren Platz in der KPD-Zentrale wieder ein und wurde Leiterin des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg. Nach einem Korrespondenzbericht sollen gemäßigte Elemente der KPD, der Frau Fischer den Rat erteilt haben, sie möge ihre Tätigkeit nach dem Ausland verlegen. — Frau Fischer wird sich wegen Vandalismus zu verantworten haben und dann über die Grenze gebracht werden.

Die „Rote Fahne“ benützt diese Vorfälle zu einer Hege gegen die SPD-Führer. Dazu ist zu bemerken, daß die SPD-Führer nicht die Macht haben, für Kommunisten ein Sonderrecht zu erwirken. In beiden Fällen liegen Uebertretungen des Gesetzes vor, denen nachzugehen die Behörden verpflichtet sind. Erst wenn Unbilligkeiten und ungerechte Härten festgestellt sind, kann mit Ausblick auf Erfolg eingeschritten werden.

Die abscheuliche Unwahrhaftigkeit der „Roten Fahne“ zwingt uns aber noch zu einer weiteren Bemerkung. Wie ihrer Redaktion bekannt sein muß, ist es zur Uebung geworden, daß SPD-Führer, wenn sie in irgendeine Bedrängnis kommen, sich an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei mit der Bitte um Hilfe wenden, die bereitwillig gewährt wird, soweit die Lage des Falles dies auch nur irgendwie zuläßt. Solche Hilfeleistung erfolgt dann naturgemäß unter Zusage der Diskretion. Schließlich wird man aber auf grenzenlose Anständigkeit auf unserer Seite nicht mehr rechnen dürfen, wenn auf der anderen Seite mit so grenzenloser Unanständigkeit wie neuerdings wieder verfahren wird.

### Saargebiet und Völkerbund.

Saarbrücken, 21. Dezember. (W.T.B.) In der Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß drei Mitglieder des Völkerbundsrats, die sich in Saarbrücken aufhalten, von den politischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung, der Demokratischen Partei, Liberalen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Sozialdemokratischen Partei und der Zentrumsparadei eine Denkschrift überreicht wurde, in der die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Saargebietes sowie das Verhältnis der Bevölkerung zu der Regierungskommission, wie es sich infolge des autokratischen Vorgehens der Regierungskommission gestaltet hat, dargelegt werden. In der Denkschrift wird ausgeführt, daß die Kluft zwischen der Regierungskommission und der Bevölkerung unüberbrückbar geworden ist. Die Forderungen der politischen Parteien werden am Schluß der Denkschrift wie folgt zusammengefaßt: Der hohe Rat des Völkerbundes möge die Revision aller Gesetze und Gesetzesänderungen veranlassen, die ohne Mitwirkung der gewählten Vertretung der Bevölkerung erlassen sind. Er möge die baldige Entfernung des französischen Militärs und der französischen Gendarmerie veranlassen und dem dringenden Wunsch der Bevölkerung entsprechend das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der Bevölkerung ernennen. Der Völkerbund möge zum Präsidenten der Regierungskommission nur ein solches Mitglied ernennen, das die Landessprache in Wort und Schrift beherrscht.

Mag Hölz hat aus dem Ruchthaus an die KPD-Fraktion des Reichstags ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der KPD, mittelst und dieser untersteht, weiterhin mit seinem Pseudonym Beklage zu machen. Die „Rote Fahne“ nennt ihn jetzt „den Genossen Mag Hölz“. Sie scheint also die Erbschaft der KPD, an treten zu wollen. Da der Mißbrauch des Wortes „Genosse“ schon längst seiner Steigerung mehr fähig ist, muß man auch das zum übrigen legen!

macht uns Ochs und Schumann zu gleicher Zeit wieder lebenswert.

Welche Feier lockt uns wohl noch vor dem Abschluß des Jahres? Zeit und immerdar das göttliche Weltkind Mozart, das unserm Leben den letzten Stachel nimmt, dessen Musik nicht von dieser Welt ist, äthergleich schwebend und Flügel leidend zum Himmelsflug. Busoni, durch dessen Seele der ganze Bach gegangen ist, bei dessen Bekanntheit zu diesem Giganten in einer ewig unvollendeten, großartigen kontrapunktischen Sonate beglaubigt hatte, derselbe Busoni hebt sich an Mozarts Klavierkonzert empor. Der persönlichste und gestreichteste aller Pianisten entdeckt im Melos, im Figurenwerk vorübergehendes Neuwort. Aus Gesang heraus klingt ihm Kraft und Angriff und Leidenschaft. Er überpointiert, wirft Kadenzgen virtuos und altzu gelehrt hin, hämmert einen Schluß, einen reizenden, poetischen Anhang wie ein freudenderendes Erlebnis hin, galoppiert, harzt, schleudert mit den Noten, macht unselbständige, stehende Wäpfe lebendig, dröhnend. Fast überschreitet er in jeder Note die Grenze der interessanten Geschwindigkeit, der gesungenen Lebenslust. Dennoch: eine Leistung riesigen Formats. Wer folgt ihm? Brecher nicht, der aus Wut über den verlorenen Respekt den Taktstock hinwirft. Mit Verlaub: der Dirigent steigert seinen Ruf, wenn er dem Unmöglichen bis zum letzten Gefolgshaft leistet. Wartenhagen rettet die Situation würdig, ehrwürdig, plump und doch sehr routiniert.

Baden nun die anderen Russkanten ein? Auch der junge Fritz Peiser ist ein Denker im Spiel, und die selten gespielte G-Moll-Phantastie Beethovens bekommt unter seinen lebendigen Händen ein temperamentvolleres, bunteres Gesicht als sie hat. Da ist ein guter Rost, da ist Leidenschaft und Klugheit und Gefühl für erlaubte Wirkung. Kapriziöser gibt sich Richard Singer, dem ich, da Vetternschaft nicht vorliegt, sagen darf, daß sein pianissimo Können aus einem Gipfel angekommen ist, daß er Zartes und Wuchtiges mit gleich gleicher und natürlicher Handfertigkeit meistert. Als Komponist wirkt er wie ein Improvisator, der furchtbar viel gelesen und gehört hat: aus kleinen Einfällen von charakteristischem Profil macht er ganze Stücke, bloß, zwischen Oper und Impressionismus die Mitte haltend, wirkungsvoll, ohne große Linie. Robert Pollak erweist sich als feuriger, mit ungemein reizvollem Ton spielender Geiger; Hedwig Fährbender ist am Anfang einer zu früh begonnenen Laufbahn; mit behenden und trefflicheren Fingern scheitert sie an dem blutleeren Konzert ihres Vaters, das sie mit rührender Liebe ansieht. Der Ton ist nichtsagend, klein, das Instrument unedel. Edward Worlich leitet gemandt das leiblose Orchester. Hermann Wunsch macht aus der Symphonie-Ouvertüre einen Militärmarsch, rast in die frühlinghafte G-Moll-Sinfonie mit ediger Gewalt hinein und findet seine Qualität erst wieder bei Bruckner, ohne daß dessen Dritte Sinfonie etwa ihren gläubigen, großstrahlenden Klang behalten hätte.

Wehr hübsch findet sich das neugegründete Orchester der „Schupo“ in seine unmillitäre Aufgabe. Wie diese viel be-

mühten Herren den Sänger Schillingendorf humorvoll und still begleiten, wie sie den „Arctubus“ Zartheit und Klangzauber schenken, das spricht für ihre Disziplin und des Dirigenten Schmaktsich pädagogisches Talent. Auch die Kunst wird, wie das Gesetz und die Ordnung, von ihm gehähet, daß man sich ruhig bei ihnen niederlassen kann. Umarmung aber und letzte Liebe und höchstes Heil der Kunst ist bei den Rossés. Sie sind die vollendetsten Lohpreiser des mittleren Bestehens, und sie sind es, weil sie allein von allen Kammermusikern Partitur zu spielen verstehen. Und wie sie op. 59 spielen! Mit diesen Klängen im Ohr wollen wir einen Tag des Segens, eine Nacht der Weihe, ein Jahr des Glückes vorhaben und glauben. Heil dem Kommenden, Heil dem Neugeborenen!

Sturmfluten. Die jüngsten schweren Sturmfluten, die besonders unsere Nord- und Ostseeküste betroffen haben, rufen die Erinnerung an frühere Sturmfluten wach, die an der Wasserlinie und noch weit ins Binnenland hinein schlimme Verheerungen angerichtet haben. Mit dem 12. Jahrhundert beginnend, zählt man im wesentlichen acht folgenschwere Sturmflutkatastrophen, von denen die Nordseeküste heimgegrüht wurde und die merkwürdigerweise ziemlich regelmäßig in je 100 Jahren einander folgten.

Besonders interessiert uns heute die St.-Elisabeths-Flut von 1421, die gerade in diesen Tagen 500 Jahre zurückliegt und die mit ihrer elementaren Gewalt wohl die umfangreichsten geographischen Veränderungen im Abseinsandungsgebiet verursacht hat. In breiter Front brach an jenem verhängnisvollen 15. November das Meer durch und überflutete das ganze Gebiet zwischen Norddeich und Westdeich im Norden und Moerdijk und Oertrundenberg im Süden. Mehr als 70 Städte und Pfarrdörfer sowie viele kleinere Flecken wurden durch die St.-Elisabeths-Flut verschlungen und darüber hinaus im Umkreis der Zuidzee und an der englischen Ostküste schwere Verheerungen angerichtet. Allein im Gebiet der Abseinsandungen sollen annähernd 100 000 Menschen bei der Katastrophe ums Leben gekommen sein. In der Geschichte der Sturmfluten bildet damit die St.-Elisabeths-Flut eines der furchtbarsten Naturereignisse.

Die St.-Elisabeths-Flut brachte für das holländische Völkerwesen und namentlich für die Abseinsandung schwere Nachteile mit sich. Verlandung der alten Wasserläufe und Bildung neuer Inseln und Untiefen waren die Folgen, die sich noch 4 1/2 Jahrhunderte lang empfindlich bemerkbar machten.

Eine neue Erfindung für das Telegraphenwesen. Zu dem Bericht in Nr. 586, der einem bekannten Telegraphenbureau seine Grundlage verdankt, wird uns von der Gesellschaft für Funkentelegraphie Dr. E. F. Huth mitgeteilt:

Zum Festhalten eines Gewichtes von 5 Mikrogramm werden nicht 10 Watt, sondern weniger als ein Zehntel Watt benötigt. Der nach dem neuen Prinzip entwickelte Schmelzdraht zeichnet nicht 200 sondern 2000 Buchstaben in der Minute auf.

Die Erfindung, die elektrische Anziehung ohne Magnetismus und Eisen ermöglicht, ist danach noch viel bedeutungsvoller als aus unserem Bericht hervorging.



# Märzopfer = Sammlung: Schluß Freitag abend 8 Uhr.

## Jagows Verurteilung.

Leipzig, 21. Dezember 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung nahm der Vorsitzende Geheimrat v. Pelargus das Wort zur Urteilsbegründung. Er gab zunächst eine breite Schilderung der Gesamtorgänge vom März 1920 und ging im Anschluß daran auf die Tätigkeit der drei Angeklagten ein. Von Jagow sei der einzige von ihnen, der das von Rapp ihm übertragene Amt eines Ministers angenommen, eine Reihe von wichtigen Amtshandlungen vorgenommen, insbesondere in zehn Telegrammen eine Reihe von Oberpräsidenten abgesetzt habe. Dagegen hat Freiherr v. Wangenheim zwar das ihm angebotene Landwirtschaftsministerium angenommen, aber bereits zwei Tage später, ohne irgendwelche Amtshandlungen vorgenommen zu haben, seinen Rücktritt erklärt. Der Angeklagte Dr. Schiele habe ebenfalls seine Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister nicht angetreten und sei auch sonst nur wenig hervorgetreten. In der Begründung heißt es weiter: Das Unternehmen Rapps und Gützwilg stellt den

vollendeten Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens gemäß § 81, Abs. 2 dar. Beide haben im bewußten Zusammenwirken die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam ändern wollen. Wenn die Verteidigung behauptet, daß durch den Umsturz vom 9. November der § 81 gegenstandslos geworden sei, so muß darauf hingewiesen werden, daß das Strafgesetzbuch zum Schutz der Rechtsgüter und Einrichtungen in ihrem jetzigen Bestande berufen sei, und daß die jetzige Verfassung vom 11. August 1919 strafrechtlichen Schutz genießt. Der Vorhalt, daß Rapp und Gützwilg aus vaterländischer Begeisterung und aus anderen Motiven gehandelt hätten, sei für die Schuldfrage belanglos, er komme nur für die Strafzumessung in Betracht. Wenn die Verteidigung ferner darauf hinwiese, daß eine Diktatur Rapp nur als vorübergehend gedacht war, so sei dem entgegenzuhalten, daß das Strafgesetzbuch nicht von einer längeren oder kürzeren Verfassungsänderung spreche, sondern daß es den Hochverrat bestrafe.

Auch von einer Notwehr gegenüber verfassungswidrigen Taten könne nicht die Rede sein.

Unmöglich könne jeder Staatsbürger bei irgendwelchen Verlässen von Regierungsstellen zu ihrer Abstellung zu einem hochverräterischen Unternehmen beauftragt sein. Keinem der Angeklagten sei nachgewiesen, daß sie vor der Aufforderung Rapps mit seinen Zielen vertraut waren. Mit dem Betreten der Reichskanzlei aber benahmten sich die Angeklagten so, als ob nichts vorgefallen war, obgleich sie aus den getroffenen Anordnungen hätten entnehmen müssen, worauf Rapp und Gützwilg hinzielten. Alle drei Angeklagten haben die Entwicklung des Unternehmens vorzüglich gefördert. Was die Frage, ob sie als Mittäter oder Gehilfen zu betrachten seien, betreffe, so seien unter Mittätern und Gehilfen zu verstehen, die an hervorragender Stelle gestanden hätten. Das aber treffe bei dem Angeklagten v. Jagow zu. Seine Persönlichkeit, seine eigenen langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Verwaltung habe er in die Dienste Rapps gestellt und so den Boden für dessen Unternehmen geebnet. Deshalb mußte unter Ablehnung des Amnestiegesetzes auf eine Verurteilung v. Jagows wegen Hochverrats erkannt werden. Auf der einen Seite habe man ihm mildernde Umstände zugestimmt, auf der anderen Seite aber sei auf eine verhältnismäßig hohe Strafe zu erkennen gewesen, und zwar im Hinblick auf die

schweren und weittragenden Folgen und Nachwirkungen des unheilvollen Unternehmens. Die beiden anderen Angeklagten, Freiherr v. Wangenheim und Dr. Schiele, haben nur neben-sächliche Handlungen begangen. Sie wollten vielleicht eine bedeutende Rolle spielen, wurden aber durch den vorzeitigen Rücktritt Rapps daran gehindert. Daher war das gegen sie eingeleitete Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes einzustellen.

Dann verständete der Vorsitzende das an anderer Stelle wieder-gegebene Urteil.

Die Angeklagten nahmen das Urteil ohne sichtbare Erregung entgegen.

**Vollsmärchen im Film.** Man kommt immer mehr zur Einsicht, wie sehr sich seinem ganzen Wesen nach gerade das Märchen für den Film eignet, und wie es so zur Veredelung und Reinigung des Kinobildes beitragen kann. Die Handlung des Märchens baut sich einfach und schematisch, in der Regel in dreifacher Steigerung, auf; sie ist klar und durchsichtig und fast völlig unabhängig vom gesprochenen Wort, das meist nur in ein paar formelhaften Wendungen eine entscheidende Rolle spielt. Die Charaktere sind ebenso einfach, ohne psychologische Komplikation, die irgendwelche Konversation oder Neben der Handlung hergehende Erklärungen notwendig macht. Ihr Wesen ist durch wenige äußere, in die Augen fallende Züge charakterisiert. Dazu kommt, daß der Inhalt unserer verbreiteten Vollsmärchen jung und alt geläufig ist, daß sie dennoch jedem immer wieder neue Reize zu offenbaren vermögen. Reize, von denen wenigstens einen Teil das Kino sehr gut herauszuarbeiten vermag. So bietet zum Beispiel der jetzt von der Kulturabteilung der Wa gebrachte Märchenfilm „Tischlein deck dich“ ein Beispiel, wie das Märchen im Film seine volle Wirksamkeit zu entfalten vermag und dabei mit einem Text von denkbar geringstem Umfang auskommt. Die im Märchen ruhenden Stimmungsmomente, die am ersten das gesprochene Wort vermischen lassen, können, durch passend gewählte Landschafts- und Umweltschilde vermittelt, der Genuß, der gerade aus den Ermahnungen beim Märchen besonders lieb ist, ein wenig an die Grenze des Grotesken gerückt werden, ohne daß deshalb das Ganze von seiner Einseitigkeit verliert.

**Bilder vom irischen Befreiungskriege.** Bei der historischen Sitzung im englischen Oberhaus, in der Lord Morley die Annahme des Friedensvertrages mit Irland verkündete, war dem bekannten Maler John Baverly ein besonderer Platz eingeräumt worden, um diesen denkwürdigen Augenblick aus der irischen Geschichte im Bilde festzuhalten. Der Künstler hat in den letzten fünf Jahren die wichtigsten Ereignisse des irischen Befreiungskrieges gemalt, so die Verurteilung von Roger Casement, den Zusammenstoß des Bürgermeisters von Cork u. a. Außerdem hat er Vorwürfe der wichtigsten irischen Freiheitskämpfer, von De Valera, Griffith, Michael Collins u. a. gemalt. Er wird diesen ganzen Zyklus dem irischen Volk zum Geschenk machen, und sie sollen in einem Ehrensaal aufgestellt werden.

**Andermund.** In einem deutschen Aufsatz schreibt ein Schüler, Sohn eines Kriegsgewinners:

„Wenn er auch über ein außerordentliches Vermögen verfügte, so stand er doch in den vordersten Reihen der kämpfenden Soldaten!“

Man wird leider nicht bestreiten können, daß das Staunen des neuen Knaben seine Berechtigung hat.

**Weihnachten im Deutschen Oberhaus.** Die Charlottenburger Ober hat am ersten Feiertag „Oberon“, am zweiten „Tannhäuser“ und am dritten „Die Weiskönigin“ von Ränndberg angelehrt.

**Große Volkspoker.** Das III. Abonnementkonzert in der Villa Harmonie mit dem Völkerverständnis Orchester unter Gustav Brecher findet am Freitag, den 30., abends 8 Uhr statt und bringt Beethoven's Klavier und Schubert's unvollendete H-Moll.

## Fürs Weihnachtsfest der Märzopfer.

Auf unsere Bitte, für die Familien der Märzopfer eine kleine Weihnachtsbesonderheit zu bereiten, gingen bisher weiter ein:

Stegemann, Berlin, 10., Familie Reim, Berlin, 25., Graf Arion, Berlin, 10., Hubert Müller, Charlottenburg, 10., Loges, Fegel, 10., Soto 30., M. D. und Frau 100., 4 Genossen vom Stahlhelm Henniesboof 30., Eißler 30., Bus 20., Kasper 30., Densel für Wdt. 101, Kestrop, 100., Sid 20., Kauf 20., G. 2. 41 71., Jacobs 10., Jüngst (Hamburg) 100., Kreis Schmitt 1. 2. 222 70., Kälcher 20., D. C. H. Mann 200., Dr. Sieb, Charlottenburg 4. 100., Dr. B. Banden, D. C. H. Mann 200., Dr. Sieb, 300., Wobbe 1. Westf. 500., SPD, Goldsch. l. Kilmart 20., Matzschinken und Handwerker, „Aberingold“ 60., Lemmon, Hamburg, 25., Dezenten und Arbeiter des Arbeitervereins 422.50, Kollegen des SPD-Bezirks Untergrundbahn 20., Hoyer 50., Schneider, Angehörige der Firma Knobloch, Hofmann 175., M. Hdt., Bezirk 1-3, 117.50, Buchdruckerei der Wissenschaftlichen Vereinigung, Trebitz, 91.50, Angestellte und Arbeiter der Firma Wibtros, aus menschlichem Empfinden, 102., K. v. G. 100., Ueberläufer vom Herdvergnügen des Federarbeiter-Verbandes, Neumünster, 500., Technisches Personal des Kiehlstrassenhauses, 100., Genossen der Feuerwache 3. 24 24., Tagesarbeiter Witzke 15., Gefammit durch Wengel beim Weihnachtsfest 10., „Aufreißer“ 11.20, Angestellte der Detektorfabrik für das Gewerbe der Fischer und Pianofortarbeiter 44.50, Rosenhal, Kollegen der Kaserne West Comp. 200., Kollegen der Firma Wam 81.50, E. Schulz 10., Alt und Frau, Charlottenburg, 20., M. Schulz 10., Rentierbesitzer der Firma C. Hermann, G. m. b. H., 50., Personal der Reichsbank, 2. Note, 113., Veteranenamt Reumann 10., Angehörige der Firma Braunberg u. Co. 77., Arbeiter der Zigarettenfabrik „Vania“ 500., Wollfabrik Gebr. Rottner 134., D. Herbold, Schriftfaherlei und Briefmarkenfabrik, 40., Kassenarbeiter der Firma Carl Zoffen 125., G. C. 100., Nummer 1, Berlin, Nordbahnhof, 100., Goldsch. Berlin, 3., Reichlicher Betriebsleiter-Verband 100., Wambauer 20., Arbeiter und Angestellte von Schiller u. Schiller, Kiehlstrasse, 25., Arbeiter der Firma Ueberich u. Rausch 75., Bechtel 25., Kämmer, Berlin, 10., Zentralhausen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes 60., Hans Joachim Singer 50., Ernte 20., Webermann 20., Witzel 20., Jungfer, Vereinigung SPD, 255., Petrus Kreuzer 10., Mala u. Ralera 24., Personal der Druckerei R. H. Schabe 126.50, 47. 20., 78. 20., (ermittelte Vorstandsführung) 11.50, 88. 100., Schlichtkamp 10., Kollegen aller drei Parteien der Betriebsvereine für Poststrassen, Berlin, 104., Max Dietrich, Steglitz, 10., W. H. Helmig, Wühlhausen, 20., Deutscher Eisenbahner-Verband, Berlin, 675., Betriebsleiter der Firma G. C. Hermann, Neustadt, 88.50 M., Summa 13 567.70 M. Weiter quittiert 119 279.90 M. Gesamtsumme 13 687.60 M.

Zahlungen werden auf Postsparkonto 37 536, Vormärtsortlog G. m. b. H., unter dem Kennwort „Märzopfer“, in der Expedition des „Vorwärts“, Laden, Lindenstr. 3, im Sekretariat des „Vorwärts“, Sekretariat der SPD, Kiehlstr. 66, von 4-6 Uhr, Vormärtspositionen Redakt. 2 und Siegfriedstr. 28/29, angenommen. Die Quittungen werden täglich verifiziert.

Genossinnen, Genossen! Gebt, was Ihr könnt, vor allem aber gebt rasch!

Redaktion des „Vorwärts“.

**Verichtigung.** Es soll nicht heißen Angestellte der Firma Hirt u. Hirt 183.50, sondern 35 Kollegen und Kolleginnen der Webermannfabrik Hirt u. Hirt 183.50 M.

## Keine Einigung in London?

London, 21. Dezember. (W.Z.) „Evening Standard“ zufolge haben die Sachverständigen heute nachmittag versucht die einander gegenüberstehenden Ansichten in der Reparationsfrage zu versöhnen. Eine Übereinstimmung sei nicht erzielt worden. Wie weiter berichtet wird, können die augenblicklichen Beratungen zu keinem endgültigen Beschluß führen. Es wird eine Zusammenkunft des Obersten Rates für den Januar einberufen werden. Auch dieser Zusammenkunft werde ein Vorschlag bezüglich der Frage der Reparationen und der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas unterbreitet werden. Es sei möglich, daß diese Zusammenkunft in Paris oder in St. Remo stattfinden werde.

London, 21. Dezember. Der Schatzkanzler Sir Robert Horne hatte eine Unterredung mit Reichenau. Sir Evans erdrierte heute mit Briand und Lloyd George einen Bericht über die russische Lage.

## Danzigs Rechtsbeziehungen zu Deutschland.

In einem Rechtsstreit zwischen der freien Stadt Danzig und Polen hat der Oberkommissar Haling entschieden, daß die polnische Regierung Danzig dieselben Erleichterungen für das Zustandekommen eines Rechtsvertrages mit Deutschland über die rechtlichen Angelegenheiten gewähren muß, wie sie sie für ihr eigenes Abkommen mit Deutschland vorsteht. Danzig hatte verlangt, in unmittelbare gerichtliche Beziehungen zu der deutschen Regierung treten zu dürfen; Polen wollte diese Beziehungen nur mit Oskpreußen gestatten. Haling's Entscheidung ist ein Kompromiß, aus dem hervorgeht, daß die Freiheitsrechte der „freien“ Stadt auch bei einem guten Willen des Völkerbundesbeamten nur sehr beschränkt sind.

## Wirtschaft

### London und Deutschlands Finanzen.

Die Auseinandersetzungen in London, über deren Verlauf nur Bruchstücke bekannt werden, zeigen bisher doch mit aller Deutlichkeit, daß es der Entente in erster Linie auf die Frage ankommt, wie Deutschland zahlungsfähig erhalten werden kann. Darüber scheint Übereinstimmung zu herrschen, daß man einen Schuldner als betrügerisch ansehen muß, der es nicht zuzuge bekommt, eine klare Bilanz aufzustellen.

Für das Deutsche Reich gilt heute noch eine Entschuldigung. Die bisherige Reparationspolitik hat zur Folge gehabt, daß Deutschland Devisen um jeden Preis kaufen mußte. Dadurch wurde nicht nur eine durchgreifende Besserung der Mark verhindert, sondern auch ihre Stabilisierung von vornherein unmöglich gemacht. Wenn die Entente sagt, daß eine Bilanz, die unter solchen Umständen aufgestellt wird, falsch oder gar betrügerisch sei, so sollte sie sich doch fragen, wer die Schuld an dieser Bilanz ohne feste Sachgrundlagen trägt. Und sie würde zu demselben Ergebnis kommen, zu dem Keynes und andere hervorragende Wirtschaftler schon längst gekommen sind, daß nämlich das Versailles Diktat und das Londoner Ultimatum schuld sind, wenn Deutschland heute überhaupt außerstande ist, eine Bilanz aufzustellen. Man legt in den Reichshaushalt Steuerbeträge ein, die anstatt im ganzen Rechnungsjahre bereits in wenig mehr als einem halben eingeben. Die Ausgaben aber wachsen verhältnismäßig bedeutend schneller. Und deshalb zeigt jede Schlußbilanz des deutschen Reiches, daß noch neue schwebende Schulden aufgenommen werden müssen. Die Ausweise der Reichsbank jedoch bieten immer wieder das selbe erschütternde Bild, daß zur Bezahlung dieser Schulden die vom Reich zur Verfügung gestellten Beträge nicht ausreichen, und daß ein neuer Betrag von Papiergeld einzuheben in die deutsche Volkswirtschaft hineinzupumpen werden muß, um wenigstens rechnungsmäßig das Gleichgewicht herzustellen. So vergrößert sich die Fehlbilanz im Reichshaushalt. Man ist entschieden willens, sie endgültig wegzubringen, indem man die sozialen Zustände des Reichshaushaltes befreit. Die Lärse der Verkehrsbetriebe sollen entsprechend der Selbstwertung hinaufgesetzt, die Lebensmittelzuschüsse abgebaut werden. Bisher gab die immer noch im Verhältnis zum Ausland große Kaufkraft der Mark den Exporteuren eine Ausuhrprämie, die die deutsche Konkurrenz am Weltmarkt als Scheidert Konkurrenz erscheinen ließ. Das soll jetzt fortfallen. Ob damit dem Volatierend endlich abgeholfen ist, das ist eine andere Frage. Und um diese Frage zerbrenen sich die Geister

der internationalen Finanz heute in London den Kopf. Es ist schon immerhin von Vorteil, daß man heute die Ministerpräsidenten, Außen- und Wiederaufbauminister als Sachwalter der internationalen Finanz ansprechen kann. Noch vor einhalb Jahren waren sie fast willenlose Werkzeuge imperialistischer Heher.

Aber ihre Forderung, die Reparationszahlungen auf eine klare deutsche Schuldenbilanz zu gründen, erfolgt zu gutem Recht. Nicht nur sozialistische, auch bürgerliche Blätter haben seit langer Zeit die Stilllegung der deutschen Rotenpresse als Voraussetzung einer Gesundung des Reichshaushalts gefordert. Sie ist eine Utopie bei großen Veränderungen der Preise im Inland. Die Notata hing bis heute in entscheidendem Maße davon ab, ob die Entente ihrem Siegesrecht Geltung zu verschaffen suchte oder nicht. Wenn also die Londoner Verhandlungen irgendeinen Erfolg haben sollen, so wird er dort zu suchen sein, wo es sich um die Zahlungen Deutschlands handelt. Werden diese den Voraussetzungen der inländischen Finanz- und Wirtschaftspolitik angepaßt, wird nicht weiter unmögliches von uns verlangt, so besteht die berechnete Aussicht, daß Gläubiger und Schuldner zu ihrem Rechte kommen. Eine Zwangsliquidation — und auch die Besetzung des Ruhrgebietes wäre eine solche — wäre für beide Teile schon deshalb vom Uebel, weil dadurch der künftigen Entwicklung der deutschen Zahlungskraft vorgegriffen wird, eine Entwicklung, die vorläufig wenigstens trotz aller Fehlschlägen der Außenhandelsbilanz immer noch eine aufsteigende Linie zeigt.

Die Stilllegung der Rotenpresse im Inland aber bleibt das Problem der deutschen Finanzpolitik. Neuerdings scheint man geneigt zu sein, sich mit Anleiheprojekten zufrieden zu geben. Die Annahme des habsburgerischen Vorschlages im Reichswirtschaftsrat, an sich ein beträchtlicher Erfolg der beteiligten Interessengruppen, scheint dazu zu führen, daß man sich mit der Ausnahme einer Gelbanteile einverstanden erklärt, sich damit zufriedengeben will. Ein Auslandskredit der deutschen Erwerbsstände aber würde für die deutschen Reichsfinanzen erst dann von Erfolg sein, wenn die daraus entstehende Schuld auch dem Reich für eine Ubergangszeit gestundet wird. Verlangen Industrie und Handel, daß die Rückzahlungen und die Zinsen der Anleihe ohne weiteres auf die Steuern angerechnet werden, so ist die ganze Kreditgemeinschaft nichts anderes als ein Verein zur Umrechnung von Auslandskredit auf Inlandsschulden. Anders aber ist es, wenn die Industrie wirklich das Opfer bringt, zu dem sie sich anfangs unter gewissen, freilich unannehmbaren Bedingungen erboten hat, nämlich ihren Kredit als Reichskredit gelten zu lassen. Dazu wäre erforderlich, daß die Zinsen für die Anleihe entweder durch eine Zwangsanleihe aufgebracht, oder aber für eine Reihe von Jahren dem Reich zur Verfügung gestellt werden, ohne daß eine Verrechnung auf die Steuern stattfindet. Hier wäre in der Tat ein Weg gewiesen, wie die Interessen der Industrie mit denen des Reiches auf dasselbe Maß gebracht würden.

Es ist hohe Zeit, daß die amtlichen Stellen sich über diese Frage bald klar und eindeutig vor der Öffentlichkeit äußern, wenn nicht der Anschein erweckt werden soll, als wolle Deutschland weiter sich gegenüber den Forderungen des neutralen und des interessierten Auslandes passiv verhalten.

Die amtlichen Devisenkurze der gestrigen Berliner Börse stehen von der erheblichen Besserung der Mark, die anfangs erzielt worden war, nicht mehr viel zu versprechen. Der Dollar sank nach ihnen von 174.32 auf 172.82, 100 holländische Gulden ermäßigten sich von 6343 auf 6293 M., 1 Pfund Sterling hielt sich 731.75 M., 100 französische Franken sanken von 1411 auf 1393.60 M. und 100 Schweizer Franken von 1411 auf 1393.60 M. Die Kursbesserung war also gering.

**Keine Kartoffelverschiebungen ins Ausland.** Trotz wiederholter Erklärungen im Landtag und in der Presse wollen die Gerüchte über erhebliche Verschiebungen von Kartoffeln in das Ausland, insbesondere nach Frankreich, Belgien und Holland, und über diese Länder nach der Schweiz und England nicht verflümmen. In einem Erlass des preussischen Staatskommissars für Volksernährung an die Ober- und Regierungspräsidenten wird erneut auf Grund der bisher angestellten amtlichen Ermittlungen wiederholt, daß Auslandsverschiebungen in nennenswertem Umfang nicht nachgewiesen sind. Das Bebauerteil bei den immer wieder auftauchenden Gerüchten ist, daß diese eine Abweigung gegen Lieferung von Kartoffeln in das besetzte Gebiet zur Folge gehabt haben. Seitens der Regierung sind alle Maßnahmen getroffen, um Verschiebungen ins Ausland nach Möglichkeit zu verhindern. Die zuständigen Polizeibehörden haben eine umfangreiche und strenge Grenzkontrolle eingerichtet und werden hierbei von den Reichsbahnen, insbesondere von den Eisenbahnbahnhöfen, wirksam unterstützt. Der oben angegebene Grund für eine Nichtlieferung von Kartoffeln in das besetzte Gebiet ist also nicht mehr stichhaltig.

Die Besteuerung des Devisenhandels in Deutschland. Finanzminister Wirth brachte im Nationalrat eine Vorlage ein, die die erzielten Gewinne bei Veräußerung von Valuten und Devisen mit zehn und von Effekten mit fünf Prozent versteuert. Die Steuerlasten erhöhen sich um je 100 Proz., wenn der zwischen Erwerb und Veräußerung liegende Zeitraum nicht mehr als einen Monat beträgt. Ist dieser Zeitraum länger als ein Jahr, so unterliegt der durch die Veräußerung erzielte Gewinn nicht der Steuer. Die Valuten- und Effektenhändler zahlen eine jährliche Pauschalsteuer von 10 Proz. der Summe der von ihnen innerhalb desselben Geschäftsjahres erzielten steuerpflichtigen Gewinne, von welcher die innerhalb des Geschäftsjahres des gleichen Geschäftsjahres erlittenen Verluste in Abzug gebracht werden können. Veräußerer, die ihren ausschließlichen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben, werden unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer befreit. Das Gesetz soll am 1. Januar 1922 in Kraft treten.

**Schrottschlagnahme.** Bisher schon bestand eine Verordnung, die den Reichswirtschaftsminister ermächtigt, Höchstpreise für Schrott festzusetzen. Diese bestehende Ermächtigungsvorordnung, die allerdings bis dahin kaum Anwendung gefunden hat, soll nunmehr ergänzt werden durch ein Beschlagsnahmerecht auf Schrott. Der Reichswirtschaftsminister hat den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf einer Verordnung unterbreitet, wonach er ermächtigt werden soll, Schrott auch zu beschlagnehmen. In der Praxis kann eine Festsetzung von Höchstpreisen für Schrott ohne das gleichzeitige Recht, nötigenfalls eine Beschlagsnahme auszusprechen, nicht wirksam gemacht werden.

Die Generalversammlung der AEG. genehmigte die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals, die bis zu 250 Millionen Mark betragen soll. Wird das volle Kapital aufgenommen, so beträgt das Grundkapital der AEG. 1.1 Milliarden Mark. Es ist damit das erste Einzelunternehmen Deutschlands, das sein Grundkapital im Nennwert auf mehr als 1 Milliarde steigert. Einzelne Aktionäre waren mit der ausgedehnten Dividende von 16 Proz. nicht zufrieden und wiesen darauf hin, daß die AEG. stille Reserven in gewaltigem Umfang habe. Sie wurde gleichwohl beschloffen. Die neue Kapitalerhöhung soll in der Hauptsache dem Zweck des Aktienausbaus mit anderen Unternehmungen, also dem Ausbau des AEG.-Konzerns dienen.

Verlängerung des Rohleisenverbandes. In der Versammlung des Rohleisenverbandes wurde unter Aufhebung des noch bis Ende 1923 laufenden Verbandsvertrages beschlossen, den Verband auf einer vollständig neuen Basis zu gründen und auf eine fünfjährige Dauer, das ist bis Ende 1926, zu verlängern.



# Gewerkschaftsbewegung

## Portierlöhne und Mietssteigerungen. Die Rolle des Demobilisierungskommissars.

Die Eigenart des Berufes der Portiers, Heizer und Fahrstuhlführer bringt es mit sich, daß Lohnbewegungen ganz besonders schwer zu führen sind. Schon die Verteilung der Arbeitsplätze über ganz Groß-Berlin macht einen einheitlichen Lohnkampf fast unmöglich. Dennoch sieht sich die Organisation durch die bittere Not ihrer Mitglieder gezwungen, Lohnbewegungen zu führen.

### Seit drei Viertel Jahren verhandelt die Organisation

mit den Arbeitgeberorganisationen, dem Bund Berliner Grundbesitzervereine und dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer zwecks Abschluß eines Tarifvertrages bzw. Lohnabkommens. Löhne, wie sie hier heute noch gezahlt werden, reichen kaum aus, um Brot und Kartoffeln für die Woche zu kaufen, geschweige denn etwas anderes anzuschaffen.

Die Hausbesitzer, die nach ihren Angaben

### die „notleidende“ Volksschicht Berlins

bilden, behaupten, keine Lohnsteigerungen bewilligen zu können, weil ihre Häuser überlastet seien. Die Organisation versuchte immer wieder, zu einem Ergebnis der langwierigen Verhandlungen zu kommen. Alle friedlich-schiedlichen Mittel wurden erschöpft, um den Kollegen das Existenzminimum sicherzustellen; ein ziemlich schwieriges Beginnen, bei der rapide steigenden Geldentwertung.

Die Verhandlungen führten schließlich zu Schiedsprüchen des Schlichtungsausschusses. Entsprechend diese Schiedsprüchen auch nicht entfernt den tatsächlichen Verhältnissen, so wurden sie doch in Anbetracht der allgemeinen Lage von den Kollegen angenommen, während sie

### von den Hausbesitzern immer wieder abgelehnt

wurden. Nach erfolgter Anmeldung zur Verbindlichkeitserklärung beim Demobilisierungskommissar mußte die Organisation erst durch Streikdrohung eine Verhandlung bei dieser Behörde erzwingen. In den Verhandlungen hat der „Demo“ anerkannt, daß der Hausbesitzer nicht in der Lage sei, ohne Zuschläge auf die Höchstmieten Zugeständnisse zu machen. Von der ungeheuren Kollage der Arbeitnehmer aber war er anscheinend nicht zu überzeugen. Es kam nun zu einer erneuten Verhandlung unter Hinzuziehung des Vorsitzenden der Berliner Mietvereinigungsämter, Messieurs Wild. Durch das

### Eingreifen des Stellvertreters des Oberpräsidenten

kam es unter Zustimmung des Magistratsvertreters dazu, daß den Hausbesitzern namhafte Mietserhöhungen seitens der Stadt zugestimmt wurden. In allen Verhandlungen wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß mit diesen Mietserhöhungen die Löhne der Arbeitnehmer aufgebessert und die ergangenen Schiedsprüchen erfüllt werden sollten.

### Die Mietserhöhungen sind bewilligt, die Löhne aber werden noch nicht erhöht.

Die Berliner Hausbesitzer weigern sich weiterhin unter allerlei leeren Zusicherungen die geradezu erbärmlichen Löhne aufzubessern und die Schiedsprüchen anzuerkennen, weil ihnen die Erhöhung der Mieten nicht weit genug geht.

Wer nun hoffte, der „Demo“ würde in Anbetracht der erhöhten Mietzuschläge die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüchen nunmehr verfügen, sah sich bitter enttäuscht. Er lehnte dieselbe aus äußerst sadenstimmigen Gründen ab, trotzdem die Kollegenschaft in den Streik trat und eine größere Anzahl Geschäftshäuser lahmlegte.

Jetzt kommt das Ungeheure der ganzen Situation. Der Streik zwang den „Demo“, die beteiligten Organisationen nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen. Auch bei dieser Verhandlung gelang es den Hausbesitzern, den „Demo“ zu überzeugen, daß sie auch jetzt, nach der bewilligten Mietserhöhung, noch nicht in der Lage seien, den Hausangestellten auch nur einen Pfennig mehr Lohn zu zahlen.

Die Verbindlichkeitserklärung wurde wiederum abgelehnt und die Portiers dürfen weiter hungern und verkrumpen. Man muß wohl Jurist sein, um zu begreifen, daß, nachdem unter dem Drohmittel des Streiks, mit Hilfe des Oberpräsidenten Mietserhöhungen von 50—120 Proz. bewilligt sind, damit die Hausangestellten entsprechend dem Schiedspruch entlohnt werden können, dann von demselben Oberpräsidenten anerkannt wird, daß

trotz der Erhöhung der Mieten die Löhne nicht gezahlt werden können.

Man hat also die Kollage einer Arbeitergruppe dazu benutzt, auf beschleunigtem Wege der „Kollage“ des Hausagrarierentums abzuhebeln!

Hätte die Mieterchaft es noch verstanden und gebilligt, daß die Mieten erhöht werden, um circa 25 000 schwerarbeitenden Portiers, Heizern, Fahrstuhlführern und Hausreinigern eine geringe Aufbesserung ihrer geradezu sommervollen Entlohnung zu gewährleisten, so wird die gesamte Mieterchaft und mit ihr die organisierte Arbeiterchaft es ablehnen, daß eine im tiefsten Elend stehende Arbeitergruppe dazu benutzt wird,

um den Hauspächtern als Vorwand zu dienen, ihre Forderungen durchzusetzen.

Inser Kampf gilt der neuen Höchstmietenverordnung des Magistrats, der es versäumt hat, einen gewissen Prozentsatz der bewilligten Erhöhungen für die Abgeltung der Portierlöhne festzusetzen. Diesen Kampf werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln führen. Dem Hausbesitz darf kein Pfennig bewilligt und auch die letzte Bewilligung muß unbedingt rückgängig gemacht werden, so lange nicht der notwendige Lebensunterhalt einer schwer arbeitenden Arbeitergruppe sichergestellt wird.

### Gegen die Gewerkschaftszersörer.

Unter diesem Titel wird in Nr. 185 der „Roten Fahne“ über eine am Sonntag stattgefundene Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, einberufen durch eine sogenannte „Sechserkommission“ Bericht erstattet. Es ist sonst nicht unsere Art, auf derartige Versammlungsberichte einzugehen; wir würden es auch diesmal unterlassen, wenn der Bericht nicht von Verdrehungen und Unwahrheiten strotzte. Zu der „überfüllten Versammlung“ wollen wir nur bemerken, daß es uns sonderbar erscheint, daß der Referent trotz der „Hülle“ sein Bedauern über den schlechten Versammlungsbefuch ausdrückt. Wenn der Referent Moritz einleitend bekannt gab, daß der Ortsvorstand in der Aussprache mit der betreffenden Kommission sich sehr unzugänglich gezeigt und es abgelehnt habe, gemeinsam mit der Kommission in dieser Versammlung Bericht zu erstatten, so stellen wir fest, daß ein derartiger Wunsch oder Antrag dem Ortsvorstand schriftlich sowohl wie mündlich nicht vorgelegt hat. Wenn die „Roten Fahne“ besonders hervorhebt, daß der Referent Moritz nicht der kommunistischen Partei angehört, so sind wir in der Lage, ihm zu verraten, daß er auch keiner anderen politischen Partei angehört. Zu der vom Referenten hervorgerufenen Beitragserhöhung ist zu bemerken, daß der Verbandstag 1920 (an dem Moritz als Delegierter teilgenommen hat), dem Hauptvorstand mit Verbandsbeirat das Recht zugestanden hat, Beitragserhöhungen zu beschließen. Trotzdem hat der Berliner Ortsvorstand aus sich heraus dem Beirat einen Antrag unterbreitet, der eine Urabstimmung bei ferneren Beitragserhöhungen fordert.

Unseren kommunistischen „Freunden“ zu ihrem Hospitanten, dem „unpolitischen Moritz“ viel Glück. Wir erinnern uns noch der Zeit, wo Kollege Moritz seiner diktatorischen Gelüste wegen in Mitgliebskreisen nicht besonders beliebt war. Derselbe Moritz als Retter und Hüter der Demokratie — daß du die Nase im Gesicht behältst! Der Ortsvorstand wird über sein Verhalten in der nächsten Versammlung Rechenschaft ablegen.

### Branchenversammlung der Werkzeugmacher.

Eine Branchenversammlung der Werkzeugmacher am 16. Dezember nahm Stellung zu dem Sondertarifabkommen für die Branche. Die seit über zwei Jahren in der Branche schwebende Frage, ob Akkordarbeit im Beruf infolge der Schwerearbeiten, welche durch die Eigenart der Arbeiten bestehen, möglich ist, beschärfte auch diesmal wieder die Kollegen. Durch die Zeitverhältnisse bestimmt, wurde am Anfang des Jahres der alte Branchenbeschluß aufgehoben und ein Abkommen mit den Unternehmern getroffen, wonach fallulterbare Arbeiten im Werkzeugaufbau in Akkord ausgeführt werden sollen. Der Branchenleiter, Kollege Knopf, berichtet in ausführlicher Weise über die bisherige Durchführung und Anwendung der Vereinbarung. Die Branchenkommission empfiehlt den Kollegen, am 1. Januar 1922 das Abkommen kurzfristig weitergeben zu lassen, um noch mehr Erfahrungen zu sammeln, als es in der kurzen Zeit bisher möglich war. Nach ausgiebiger Diskussion wird in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmajorität beschlossen, daß keine Verlängerung des Sonderabkommens erfolgen soll, sondern daß auf Grund der Erfahrungen die Werkzeugmacher vom 1. Januar 1922 ab wieder in Lohn arbeiten.

### Achtung, Betriebsräte!

Zu heute abend hat die Kommunistische Partei nach Altem Festhalten in der Hafenstraße eine sogenannte Vollversammlung der Betriebsräte arrangiert. Die Berliner freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, wie die Gewerkschaften überhaupt, stehen dieser Veranstaltung vollkommen fern. Da es sich nicht um eine reine kommunistische Kundgebung handelt, kann den Betriebsräten nur empfohlen werden, derselben fernzubleiben.

**Achtung, Zimmerer!** Die Auszahlung der Streikunterstützung für diese Woche erfolgt am Donnerstag und Freitag, und zwar in der Reihenfolge wie am vergangenen Freitag und Sonnabend. Wir bitten die Kameraden, genau danach zu verfahren.

**Die Schulkreinigungsfrauen Alt-Berlins kämpfen um die Einreihung in den Tarifvertrag,** den ihre Kolleginnen aus den Vororten, an den Fachschulen und in einem Teil der höheren Mädchenschulen schon lange besitzen. In Alt-Berlin war die Einreihung bisher deshalb nicht möglich, weil die überwiegende Mehrzahl der Schulkreinigungsfrauen unorganisiert war und daher nicht als Tarifkontrahenten in Frage kam. Dieses Hindernis ist aber in den letzten Monaten beseitigt worden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter unternahm es, beim Magistrat die Einreihung der Alt-Berliner Reinigungsfrauen in den Tarifvertrag zu fordern. Der Magistrat lehnte dies ab und bewilligte nach längeren Verhandlungen einen Stundenlohn von 4 P. Dieses Angebot lehnte die Organisation ab und hielt an ihrer

Forderung fest. Eine Versammlung der Schulkreinigungsfrauen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, beschloß, daß die Frauen alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden bereit sind, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Im Siegener Bergwerkrevier wurde die Streikbewegung durch einen Schiedspruch beigelegt.

### Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 78 BRG. Zur Verkürzung der Arbeitszeit ist die Mitwirkung des Arbeiterrates erforderlich. Im § 78 Ziffer 2 Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes ist ausdrücklich vorgelesen, daß der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Aufgabe hat, bei der Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen oder Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit, mitzuwirken. Kommt es bei diesen Verhandlungen zu keiner Einigung, so kann der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Von Arbeitgeberseite wird bei der Auslegung des § 78 Ziffer 2 Absatz 4 angeführt, dieser Passus belege lediglich, daß der Arbeiter- oder Angestelltenrat nur bei der Verteilung der vom Arbeitgeber selbständig festgesetzten verkürzten Arbeitsstunden mitwirken könne. Ferner, daß vom Schlichtungsausschuss über die Arbeitszeit gar kein Schiedspruch oder eine Entscheidung gefällt werden könne, da es in den §§ 75, 80 heiße, daß die Verbindlichkeit von Entscheidungen über Dienstvorschriften sich nicht auf die Dauer der Arbeitszeit erstreckt. Um den letzten Einwand vorweg zu nehmen, sei auf eine diesbezügliche Ausführung des bekannten Arbeitsrechtlers Prof. Dr. Erbel verwiesen, die sinngemäß lautet:

„Auch wenn man in § 75 Ziffer 2 Absatz 4 des BRG. die Worte „Festlegung der Arbeitszeit“ so auslegt, daß darunter nicht die Arbeitsdauer, sondern nur die Festlegung ihres Beginns und ihres Endes, der Pausen usw. zu verstehen ist, so bleiben doch noch immer die Worte: „Bei Verlängerungen und Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit“. Wie soll nun aber eine Verkürzung der Arbeitszeit vor sich gehen, ohne daß die Arbeitsdauer dadurch geändert wird? Die Berufung auf die §§ 75, 80 greift nicht durch. Denn dort handelt es sich um die Erlassung von Arbeitsordnungen, während die Arbeitsstreckung im Sinne der Demobilisierungsverordnung nur eine Einzelmaßnahme von vorübergehender Bedeutung ist. Die §§ 75, 80 treffen also auf den Fall der Arbeitsstreckung gar nicht zu. Uebrigens schließt Satz 3 des § 75 Abs. 1 nur die Erlassung und sofortige Verbindlichkeit von Schlichtungsausschussentscheidungen über die Dauer der Arbeitszeit aus; nicht ausgeschlossen wird die Erlassung von Schiedsprüchen über die Dauer der Arbeitszeit und die Verbindlichkeitserklärung dieser Schiedsprüchen im regulären Schlichtungsverfahren.“

Zur Frage des Mitwirkungsrechtes der Betriebsvertretung bei Arbeitsstreckungen selbst hat der Schlichtungsausschuss Berlin unter dem unparteiischen Vorsitz des Amrichters Dr. Löwenthal Stellung genommen und folgenden Schiedspruch gefällt:

„Der Schlichtungsausschuss erklärt sich für zuständig. Die Anordnung der Antragsgegnerin, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit vom 10. August 1921 ab, ist unwirksam. Es wird festgesetzt, daß zu einer Verkürzung der Arbeitszeit die Mitwirkung des Arbeiterrates erforderlich ist, jedoch kann der Arbeitgeber in nachweislich dringenden Fällen, insbesondere wenn der Arbeiterrat die Zustimmung unbilligerweise hinauszögert, die Arbeitszeit vorläufig einseitig verkürzen, vorbehaltlich späterer Entscheidung des Schlichtungsausschusses. Die Antragsgegnerin ist auch, soweit eine Einigung mit dem Arbeiterrat über die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt, berechtigt, den Beschluß über die Verkürzung mit ihrer alleinigen Unterschrift und ohne Gegenprüfung des Arbeiterrates bekanntzumachen.“

Aus dem Schiedspruch und seiner Begründung geht eindeutig hervor, daß ein Arbeitgeber, der wegen der Verkürzung der Arbeitszeit Verhandlungen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung unterläßt, nicht berechtigt ist, Lohnkürzungen bei Herabsetzung der Arbeitszeit vorzunehmen, bis er Verhandlungen mit der Betriebsvertretung aufgenommen und sich mit dieser geeinigt bzw. bei Nichteinigung den Schlichtungsausschuss angerufen und nach dessen Schiedspruch verfahren hat.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.** Aus Anlaß der Weihnachtsfeier werden unsere Bureaus am Weihnachtsabend, den 24. d. M., um 1 Uhr mittags bis 26. Dezember geschlossen. Am 2. Freitag sind die Bureaus von 8 bis 1 Uhr geöffnet. — Betriebsräte, Arbeiter und Arbeiter aus den Journal- und Rundfunkberufen Groß-Berlins, Freitag abend 7 Uhr im Lokal „Anstiller Hof“, Alexanderstr. 76, Vollversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 4. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 5. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 6. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 7. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 8. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 9. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 10. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 11. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 12. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 13. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 14. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 15. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 16. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 17. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 18. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 19. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 20. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 21. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 22. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 23. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 24. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 25. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 26. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 27. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 28. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 29. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 30. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 31. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 32. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 33. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 34. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 35. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 36. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 37. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 38. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 39. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 40. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 41. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 42. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 43. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 44. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 45. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 46. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 47. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 48. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 49. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 50. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 51. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 52. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 53. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 54. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 55. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 56. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 57. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 58. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 59. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 60. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 61. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 62. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 63. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 64. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 65. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 66. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 67. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 68. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 69. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 70. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 71. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 72. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 73. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 74. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 75. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 76. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 77. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 78. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 79. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 80. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 81. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 82. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 83. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 84. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 85. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 86. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 87. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 88. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 89. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 90. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 91. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 92. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 93. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 94. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 95. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 96. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 97. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 98. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 99. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 100. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 101. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 102. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 103. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 104. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 105. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 106. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 107. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 108. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 109. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 110. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 111. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 112. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 113. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 114. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 115. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 116. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 117. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 118. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 119. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 120. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 121. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 122. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 123. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 124. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 125. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 126. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 127. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 128. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 129. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 130. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 131. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 132. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 133. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 134. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 135. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 136. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 137. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 138. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 139. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 140. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 141. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 142. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 143. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 144. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 145. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 146. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 147. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 148. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 149. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 150. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 151. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 152. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 153. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 154. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 155. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 156. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 157. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 158. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 159. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 160. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 161. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 162. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 163. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 164. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 165. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 166. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 167. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 168. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 169. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 170. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 171. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 172. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 173. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 174. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 175. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 176. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 177. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 178. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 179. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 180. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 181. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 182. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 183. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 184. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 185. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 186. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 187. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 188. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 189. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 190. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 191. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 192. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 193. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 194. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 195. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 196. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 197. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 198. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 199. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 200. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 201. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 202. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 203. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 204. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 205. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 206. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 207. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 208. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 209. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 210. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 211. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 212. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 213. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 214. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 215. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 216. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 217. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 218. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 219. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 220. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 221. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 222. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 223. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 224. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 225. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 226. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 227. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 228. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 229. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 230. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 231. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 232. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 233. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 234. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 235. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 236. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 237. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 238. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 239. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 240. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 241. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 242. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 243. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 244. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 245. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 246. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 247. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 248. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 249. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 250. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 251. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 252. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 253. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 254. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 255. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 256. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 257. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 258. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 259. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 260. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 261. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 262. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 263. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 264. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 265. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 266. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 267. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 268. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 269. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 270. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 271. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 272. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 273. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 274. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 275. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 276. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 277. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 278. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 279. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 280. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 281. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 282. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 283. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 284. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 285. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 286. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 287. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 288. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 289. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 290. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 291. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 292. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 293. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 294. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 295. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 296. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 297. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 298. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 299. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 300. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 301. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 302. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 303. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 304. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 305. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 306. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 307. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 308. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 309. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 310. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 311. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 312. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 313. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 314. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 315. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 316. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 317. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 318. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 319. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 320. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 321. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 322. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 323. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 324. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 325. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 326. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 327. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 328. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 329. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 330. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 331. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 332. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 333. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 334. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 335. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 336. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 337. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 338. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 339. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 340. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 341. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 342. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 343. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 344. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 345. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 346. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 347. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 348. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 349. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 350. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 351. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 352. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 353. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 354. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 355. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 356. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 357. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 358. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 359. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 360. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 361. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 362. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 363. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 364. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 365. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 366. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 367. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 368. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 369. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 370. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 371. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 372. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 373. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 374. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 375. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 376. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 377. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 378. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 379. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 380. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 381. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 382. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 383. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 384. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 385. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 386. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 387. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 388. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 389. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 390. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 391. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 392. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 393. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 394. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 395. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 396. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 397. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 398. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 399. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 400. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 401. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 402. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 403. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 404. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 405. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 406. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 407. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 408. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 409. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 410. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 411. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 412. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 413. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 414. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 415. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 416. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 417. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 418. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 419. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 420. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates. 421. Bericht des Arbeiterrates über die Tätigkeit des Arbeiterrates.



Groß-Berlin

Werttätige Menschenliebe.

Die Weihnachtsbescherung des F. d. U.

Eine Weihnachtsbescherung hatte der Zentralverband der Un-
gestellten für die Kinder seiner Erwerbslosen geplant. Freiwillige
Ependen — es wurden von den Berliner Kollegen und Kolleginnen
300 000 M. gesammelt — flossen aber in so reichem Maße, daß auch
den Erwachsenen eine Weihnachtsfreude bereitet werden konnte. Die
Solidarität der Mitglieder aber wurde durch den stimmungsvollen
und ergreifenden Verlauf der ganzen Veranstaltung, in der man so
viele frohe Gesichter sah, belohnt.

Im großen Saale der „Kammersäle“, in der Teltower Straße,
hatten sich gestern nachmittags annähernd 400 Personen eingefunden.
Festlich waren die Tische gedeckt. Weihnachtsweissen erländen, und
ein im Glanze vieler Lichter strahlender Weihnachtsbaum erhöhte
die festliche Stimmung. Grete Weinberg begrüßte die
Erschienenen im Namen des Verbandes und aller ihrer,
die so eifrig an dem edlen Werk mitgewirkt hatten. In-
besondere betonte sie, daß der Erfolg dieser Sammlung um so an-
erkanntenswerter sei, als hier die Armen den Ärmsten geholfen
hätten. Was hier getan wurde, geschah daher auch mit ganzem
Herzen. Und deshalb unterschreibe sich diese Veranstaltung auch
wesentlich von den Bescherungen der bürgerlichen Kreise, die oft-
mals in einer Weihnachtsbescherung „armer Leute“ in erster Linie
eine gesellschaftliche Abwechslung erblicken. Die Sammlung in ihrer
Art und Höhe ist ein sprechender Beweis, daß „Solidarität“
kein Schlagwort mehr unter den Angestellten, sondern lebendiger
Begriff geworden ist. In diesem Zusammenhange wurden die
Kinder auf die einzig wirkliche Religion, die
Menschenliebe, hingewiesen und die Erwachsenen ermahnt,
in ersten Stunden nicht zu verzweifeln, sondern aus der Last der
Zukunft zu schöpfen. Trotz aller Zweifel, trotz aller Kämpfe:
Eins steht unwandelbar fest, die Zukunft gehört dem Proletariat.

Bei Schokolade und Kuchen konnten sich dann die Anwesenden
an einem reichhaltigen Programm erfreuen. Ein Akt aus „Hänsel
und Gretel“ von Humperdinck rief lebhaften Beifall hervor. Re-
zitationen lösten Gefangensvorträge ab, und damit die Großstadt-
kinder in keiner Beziehung zu kurz kamen, fehlte auch zum Schluß
das Kino nicht. Helle Freude strahlte aus den jungen Augen, Dank-
barkeit und Rührung aus den Mienen der Erwachsenen, zumal, als
die Pakete in Empfang genommen und geöffnet wurden. Was da
an das Tageslicht gefördert wurde von Kleidchen und An-
zügen, Strümpfen und Handschuhen, Hemden und
Höschen, Spielsachen und Büchern, übertraf die Er-
wartung aller Erschienenen. Schade, daß nicht alle, die geholfen
haben und in jener Stunde nicht bei der Bescherung weilten, sich
durch Augenblicke von dem Gelingen des guten Werkes überzeugen
konnten. Immer wieder fragten die Kinder, bei wem sie sich denn
nur für all das Schöne bedanken könnten, immer wieder lauchte bei
den Erwachsenen die Frage auf, ob sie denn auch ein Recht hätten,
so viele gute und schöne Dinge wirklich mit nach Hause zu nehmen.
Das Fest hat sicherlich bei allen Teilnehmern ein Gefühl tiefster Be-
friedigung ausgeübt, und gern werden sie in späteren Tagen der
frohen Stunden gedenken.

Eine Weihnachtsfeier hatte der Betriebsrat der Eisenbahn-
hauptwerkstätte Berlin 2 am Sonntag, den 18. Dezember, für 146
Pensionäre und Widmen der Werkstatt veranstaltet. Angespornt
durch die große Not dieser Veteranen der Arbeit, brachte die Belegschaft
die Mittel auf, und nahezu 20 000 Mark wurden an die not-
leidenden Klassenlosen verausgabt.

In würdiger Weise wurden die für diese Summe entstandenen
Gaben zur Verteilung gebracht.

Die Gutmadel als Waffe.

Gestern Abend wurde die Köchin Anna Schleichner in der
Küche des Bahnhofs Wilmersdorf plötzlich von einem Mann angefallen.
Er versuchte, ihr die Handtasche zu rauben. Die Ueberfallene aber
setzte sich kräftig zur Wehr und griff in Ermange-
lung einer anderen Waffe zur Gutmadel. Mit ihr
brachte sie dem Räuber einen so empfindlichen Stich in
die Hand bei, daß er es vorzog, von seinem Plane abzulassen
und die Flucht zu ergreifen.

Der Trambahnwagen der Freiheit.

8) Novelle von Otto Rung.

Er hielt die Harmonika zwischen den Zähnen und tanzte
Solo, er streckte die Arme nach Solborg aus, aber sie schlug
nach ihm und lachte — schämte er sich nicht — soch ein alter
Bock! Und sie segelte weiter mit Rangbild, stumm, bezaubert,
die starren großen Augen voll von Mondschein. Die Sterne
blinkten durch die Baumkronen, und Nachtigallen gurgelten
in der Tiefe des Buschwerks. Und Antersfen jubelte: „Ist es
nicht schön in Paris?“

Tränen liefen ihm über die Wangen, während er auf
seinem Trittbrett saß und blies, wunderbar betrübt und be-
trauscht von der Musik. Es war ja so weit, so weit bis zu
dem kleinen Trianon und Versailles' funkelndem Spring-
brunnen, aber bis hierher meinte er das Wasser über die Stein-
becken rauhen zu hören, und oben im Museum träumten
Reisferwerke und Marmorgötter, die er nie mehr sehen sollte.
Was er jetzt besah, waren nur die Landstraßen und die zer-
gausten Hecken auf regennassen Feldern, — ewig sollte er
wandern und meterweise malen für fette Gutsbesitzer und hoch-
mütige Bauern. Heute Abend aber — ja, heute Nacht jubelte
sein Herz mit dem Sang all der rieselnden Springbrunnen
in Versailles! Rein, heute Nacht war er kein Vagabund, kein
billiger kleiner Landstraßenmaler. Er war der Meister, die
Farben leuchteten auf seiner Palette, die Linien erhoben sich,
allmächtig, schwellend von Inhalt, all das, was er erträumt
hatte, wurde wahr, und rings um den ersterbenden Feuerstoß
tanzten seine Mäusen!

Nach drei Tagen voll Feste und Musik und üppiger Mahl-
zeiten ermachte Antersfen und streckte die Beine auf der Vorder-
plattform aus. Er hatte Krämpfe in den Waden und über die
ganze Haut triebte es ihm wie Ameisen. Ich muß fort!
dachte er. Den Saß auf den Nacken und auf und davon.
Rasch! — Drinnen im Wagen hustete Solborg. Er duckte den
Nacken und horchte. Was hatte er sieben beschlossen? — Ja,
also fort von hier! Auf der Stelle. Viele Meilen weit, ehe der
Mittag kam! Er tangte mit der Hand unter den Trambahn-
nach seinen Schuhen, die zwischen denen Rangbilds und Sol-
borgs zum Bürsten standen. Sollte er wohl zuerst Ledewohl
sagen?

In diesem Augenblick klingelte Solborg nach ihrem
Morgentee und er lief eiligst mit dem neuen Kessel zum Bach

Arm und reich in Groß-Berlin.

Die Möglichkeiten eines Ausgleichs zwischen Wohlstand und sozialer Not.

Die Stadtgemeinde Groß-Berlin ist geschaffen worden, um aus
dem einheitlichen Wirtschafts- und Lebensgebiet auch eine Verwal-
tungseinheit zu machen. Daneben aber sollte zugleich ein Aus-
gleich zwischen den sozialen Schwierigkeiten der ärmeren
Vorortgemeinden und der größeren Bewegungsfreiheit finanziell
kräftiger Bezirke angestrebt werden. Diese eigentlich soziale
Aufgabe, die der neuen Einheitsgemeinde gestellt ist, konnte bisher
leider noch nicht mit der wünschenswerten Latkraft in Angriff ge-
nommen werden. Bei der Aufstellung des letzten Etats und ins-
besondere bei der Verteilung der Vorbehaltsmittel auf die Bezirke
wurde die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs
zwischen armen und reichen Bezirken von unserer Seite aufs kräftigste
betont. Die Finanzverwaltung und das Statistische Amt haben
daraufhin Tabellen zusammengestellt, aus denen die soziale
Schichtung in Groß-Berlin mit großer Deutlichkeit er-
kennbar wird und die der Kammerer in der letzten Sitzung des
ständigen Etatsausschusses erläuterte.

Die soziale Struktur Groß-Berlins.

Wir greifen aus der großen Zahl dieser Tabellen die unseres
Erachtens beweiskräftigsten heraus und wollen versuchen, an ihrer
Hand die soziale Struktur Groß-Berlins zu beleuchten: die Höhe
der Einkommensteuer in den einzelnen Bezirken, die Aus-
gaben für Armenpflege, die Kinderzahl, die Zahl der Klein-
wohnungen an höheren Schulen und die Zahl der Klein-
wohnungen. Schon der erste Blick lehrt, daß alle diese Kri-
terien des Wohlstandes oder der Armut in den einzelnen Bezirken
durchweg dasselbe Bild ergeben.

Der ärmste Groß-Berliner Bezirk.

Danach dürfte der ärmste Bezirk Groß-Berlins Weihensee
sein, das jedesmal unter den sechs letzten erscheint, viernmal
an zweiter Stelle. Weihensee bringt an Einkommensteuer auf den
Kopf der Bevölkerung noch nicht den 5. Teil der reichsten Gemeinde
(Zehlendorf) auf, noch nicht zwei Drittel des Groß-Berliner Durch-
schnitts. Weihensee trägt an Armenlasten 2½ mal
so viel wie Schöneberg, es hat 20 Proz. mehr Kinder
als der Groß-Berliner Durchschnitt, 50 Proz. mehr
als Wilmersdorf. Armut und Kinderreichtum wohnen
also auch hier beieinander, während die sozial kräftigen Schichten
des Berliner Westens den Kinderreichtum systematisch beschränken.
Weihensee hat noch nicht ein Drittel sozial „höherer“ Schüler wie
Zehlendorf, aber dafür um 100 Proz. mehr Kleinwohnungen
(von 1 bis 2 Räumen) als dieses.

Mit Weihensee nahezu gleich steht der Bezirk Neukölln,
auch er rangiert jedesmal im letzten halben Dutzend, zweimal sogar
an absolut letzter Stelle: in der Einkommensteuer und in der Zahl

Der Selbstmord im Pfarrhause.

Der unfähige Waisenrat.

Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, hat sich die bei dem
Pfarrer Lüchow in Eichwalde (Kreis Teltow) beschäftigte
Hausangestellte, eine arme Halbwaife Hermine Dreiner in-
folge der ihr in diesem Hause zuteil gewor-
denen Behandlung das Leben genommen. In der
letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurde dieser Vorfall durch
die sozialistischen Fraktionen einer scharfen Kritik unterzogen.

An Stelle des von den Bürgerlichen unter jüdisch-jüdischen
Gründen abgesetzigen Gemeindevorstehers — Genosse Buchert —
setzte der 1. Schöffe, Genosse Ewers, die Verhandlungen. Er
bezeichnete das bedauerliche Vorkommnis als den Schlußakt
einer Tragödie. Fest steht, daß das Mädchen bei unge-
nügender Befähigung sehr schlecht behandelt worden sei.
Bom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht habe
das Mädchen, das fast noch ein Kind war, angestrengt arbeiten
müssen, angetrieben mit Scheltworten von der Frau
Pfarrer, dem 16-jährigen Sohn und der sogenannten
„Stütze“, Pfarrer Lüchow, als Seelforger und Waisen-
rat hätte sich der Halbwaife unbedingt annehmen müssen. Wenn

der Kleinwohnungen. Dann folgen Mit-Berlin und Rei-
nickenhof, von denen Mit-Berlin an höheren Schulen
am ärmsten, dafür aber an Armen am reichsten ist, Reinicken-
dorf die größte Kinderzahl in Groß-Berlin aufzuweisen hat,
während Mit-Berlin wieder in der Kinderzahl, Reinickenhof in der
Zusammenpackung seiner Bewohner ein klein wenig besser gestellt
sind als die beiden ärmsten Bezirke. Und als letzte der armen Ge-
meinden schließt sich dann Lichtenberg an, das zwar im allge-
meinen sich ein wenig über die anderen vier erhebt, aber doch durch
eine verhältnismäßig große Armut von den Gemeinden mit einem
Durchschnittswohlstand in Groß-Berlin getrennt ist. Diesen fünf
Bezirken müßten also in erster Linie die Segnungen der
Einheitsgemeinde auf sozialem Gebiet zugute
kommen.

Der reichste Groß-Berliner Bezirk.

In der Spitze der reichen Bezirke markiert, wie zu erwarten
war, das kleine Zehlendorf, dessen Bevölkerung am wenigsten
eng zusammengedrängt ist in Groß-Berlin, das die meisten Steuern
bezahlt und die meisten höheren Schulen besitzt (8 Proz. der Gesamt-
einwohnerchaft besuchen höhere Lehranstalten gegenüber einem Ber-
liner Durchschnitt von 2,75 Proz.) Auf Zehlendorf folgen Wil-
mersdorf und Schöneberg und als vierte reiche Gemeinde
in geringem Abstände Steglitz.

Zwischen Reich und Arm gruppieren sich dann die übrigen Be-
zirke als eine Art durchschnittliche Mittelschicht, sie werden auf
sozialem Gebiete in absehbarer Zeit weder zu geben noch zu nehmen
haben. Wie groß die Spannungen innerhalb der Einheits-
gemeinde sind, wie ungleich verteilt des Lebens Güter inner-
halb Groß-Berlins noch sind, ist schon gelehrt worden.

Es sei noch einmal am großen Schlußlicht der Extreme be-
seht. Zehlendorf bringt fast 600 Proz. der Einkommensteuer
von Neukölln auf, Reinickenhof hat fast 50 Proz. mehr
Kinder als Wilmersdorf, Mit-Berlin zahlt 360 Proz.
mehr Armengehalt als Schöneberg, Weihensee hat 300
Prozent mehr Kleinwohnungen als Wilmersdorf.

Die Zukunftsaufgabe.

Das Ziel der künftigen Politik in Groß-Berlin ist als klar
vorgezeichnet: Es gilt, diese Spannungen durch eine den Aufgaben
gerecht werdende Sozial- und Finanzpolitik auszu-
gleichen. Auch die ärmeren und demütigen Bezirke in Groß-Berlin
müssen endlich an dem Wohlstand reicherer Gemeinden Anteil er-
halten, und diese wohlhabenden Bezirke müssen so lange auf ihre
bisherigen Privilegien verzichten, bis der Ausgleich zwischen
den sozialen Räten auf der einen und dem Wohlstand auf
der anderen Seite herbeigeführt ist. Für diesen Ausgleich zu sorgen,
muß die Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung bei der Auf-
stellung des neuen Haushaltsplans sein. Richard Lohmann.

er nicht einmal im eigenen Hause dem armen Mädchen
zu seinem Recht verhelfen konnte, so habe er seine Pflicht als
Waisenrat gründlich verletzt und eigne sich also
nicht zu diesem Amt.

Den sechs bürgerlichen Gemeindevertretern war
bei dieser Feststellung höchst unbehaglich. Der Lehrer Lange
meinte, die Sache gehöre höchstens nur so weit vor die Gemeindevor-
stellung, als die Gemeindevorsteher beim Trans-
port der Leiche ihre Pflicht verletzt hätten. Der
bürgerliche Gemeindevertreter Bolgi war teilnehmend genug, den
Vorfall als außerordentlich bedauerlich und die Hand-
lungsweise des Amtsbürokraten Priebke als wenig pietätvoll
anzusehen. Während der weiteren Aussprache verließen vier
bürgerliche Vertreter den Sitzungssaal, da aber die
zurückgebliebenen sieben Vertreter beschlußfähig waren, erfolgte die
Annahme eines Antrages: beim Landrat die
Entfernung des Pfarrers Lüchow von seinem
Posten als Waisenrat zu verlangen.

7-Uhr-Schluß der Kaffeehäuser am Heiligabend. Der Verein
der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg
hat beschlossen, am Heiligabend die Kaffeehäuser um 7 Uhr zu
schließen.

hinab, äußerst beschämt, und suchte Solborgs Schuhputzcreme
aus dem Magazin des Kondukteurs hervor. Sie wurde sehr
böse, wenn ihre Schuhe nicht glänzend blank waren.

Mangbild kam herausgetrocknet, halb angezogen und ver-
schlafen. Solborg hatte gesagt, sie öde sie an, und hatte sie
hinausgelagt. Und eine Stunde später zeigte Solborg sich auf
der Plattform, reizend schön in ihrem roten Seidenkleid, das
gelbe Stirnhaar wie einen Messinghut herabgestrichen bis zu
den Brauen, die wie ein Kohlenstrich über den blickenden Augen
standen. Mangbild mußte hineingehen und die Stühle in Ord-
nung bringen, die Gardinen zurückziehen und die Bettlätter
zusammenrollen. Antersfen hatte den Raum behaglich gemacht,
indem er seine Gemäde an den Wänden aufhing: die Mühle
mit den beiden schwarzfleckigen Kühen. Solborg hatte sie
kritisch und kalt betrachtet. Sie war einmal in ihrem Leben
in einem Viehmarkt-Wirtshaus gewesen und hatte da ein paar
Kühe gesehen, aber die waren alle feuerrot gewesen. „Wir
scheint, Sie malen nicht gut,“ sagte sie, sich auf dem Maid
räkelnd, den sie vor dem Wagen auf das Gras gebreitet hatten.

„Ich glaube,“ fuhr sie fort, „s war an der Zeit, daß Sie
was Gekochtes anfangen. Wir können nicht von der Luft
leben!“

Sie betrachtete ihn höhnlich unter den niederen Lidern,
während er demütig seine Pinsel sammelte und mit grüner
Seife und Gras rein trocknete.

„Das Landleben hier,“ fuhr sie fort, „mag ja im Sommer
recht gut sein. — Hast die Beine still, Mangbild, ich krieg
Schmerzen im Genick! Im Winter aber, wenn wir nach der
Stadt ziehen, müssen wir mindestens drei Zimmer auf Röre-
bro haben, nach vorne! Eines, wo Sie drin malen können
— ich kann den Terpentingeruch nicht vertragen —, und Mang-
bild will ich nicht mehr in meinem Schlafzimmer haben, sie ist
mondsüchtig.“

„Ich pflege in einem Häuschen drüben auf Büttland zu
wohnen,“ sagte Antersfen schwach, „unten an der Nordsee. Im
Winter.“

„Ich kann recht gut in der Zirkushalle tanzen, wenn ich
will,“ bemerkte Solborg, „dann kann ich mir selbst Seiden-
strümpfe und Pfefferminz Kuchen leisten. Mangbild kann auch
was anfangen, sie sieht gar nicht so dumm aus, wenn sie erst
ein bißchen fix kriert ist und 'n wenig Reispuder auf die Nase
kriegt. S'ist immer besser als im Bäderladen stehen, Mang-
bild! Oder für Heimatlose Herrennachhemden nähen, drüben
im Rettungsheim bei Fräulein Städt, dem Etel! Sie hatte

wohl die Absicht, mich bei einem frommen Konsumvereins-
vorsteher als Kinderfräulein unterzubringen! Aber mich kriegen
sie nie dazu, ums Brot zu dienen! Rein! Rich nicht!“

Sie stand auf und stemmte die Hände in die Mitte, so daß
die Hüftenbogen gespannt standen wie ein Korb, und die
Lenden bewegten sich lüppig unter dem strammen Rock.
Schüttelte das Nackenhaar und ließ Luft zwischen ihre weißen
Porzellanähnen sickern. Der Rücken stand lang und hobt
wie ein Bambusbogen. „Ich bin gewachsen, was?“ Und sie
blühte höhnlich herab auf die kurze und dicke kleine Mangbild,
die säuer auf ihren Fingern im Grase saß.

Antersfen schaute zu ihr auf, bedrückt und entzünd; da stand
sie, gelb und rot wie ein von der eben aufgegangenen Morgen-
sonne fallengelassener Strahl. Er sah da, die Leinwand im
Blendrahmen auf den Knien. Der Pinsel bebte in seinen
Fingern. Und er begann atemlos Farben auf seine Palette zu
schmieren, reine Kulören — heftig gegeneinander gesetzt: die
grünen, grünen Sträucher, die gelben Seitenflächen des Tram-
wagens, das Knallblau des Himmels mit Wolken wie Herden
von Watterschafen und mitten darin gleich einem blutroten
Rauch Solborg! Ach, hätte er Gold oder Glut, um sie damit
zu malen! Es waren Farben, die förmlich betäuben konnten,
er fühlte sich ganz schwindlig — wie jenesmal vor vielen
Jahren, als er der Lehre des Malermeisters im Heidedorf ent-
laufen war und zum ersten Male in seinem Leben das Meer
sah; grellblau wie eine ganz neue Farbe in der Welt, wie die
Schwelle zu einem Vagabunden- und Wander- und Künstler-
leben, einem Sichdurchschneiden durch Tausende unterschiedlicher
Himmel und unvergeßlicher Landschaften.

„Malen Sie mich ab!“ sagte Solborg und zog das Stirn-
netz in einem festen Strich zu den Augen hinab. Der Blick
wurde meerblau, mit Bogenhaumgeglitzer in den Augen-
winkeln. Antersfen preßte seine Tuben ohne Rücksicht auf
Ökonomie, selbst das teure Rosa, und der Daumen wurde der
Spatel. Oh, wie alle Linien rund um ihre Brust stürzten und
der Seidenstoff an ihren Hüften hinabzitterte, — das alles
mußte er mithaben, so, mit festen und leicht wogenden Strichen.
Ja! — nun wurde es lebendig, so! — und hier im Haare:
dünne Schattenlinien wie kleine grüne Schlanglein, die
krachen; und nun alles viereckig draußen um sie her: der Tram-
wagen und die Baumkronen, die Bassen am Himmel; hier
war sie die einzige, die Bewegung hatte und rund und lebendig
war. Und um noch deutlicher ihre Lebendigkeit zu zeigen, malte
er ihre Hände mit einer Masse flimmernder Striche.

(Schluß folgt.)



## Kraubüberfall in Neukölln.

### Opfer eines Messerhelden.

Ein Ueberfall im Laden, der auf einen verurteilten Raubmord hinausläuft, wurde in der Hermannstr. 55 zu Neukölln verübt. Dort kam in das Kleidergeschäft von Wulm ein junger Mann, während der betagte Geschäftsführer Hermann Lachmann allein anwesend war. Der Kunde fragte nach einem Mantel und veranlaßte den Geschäftsführer, mit ihm nach einem Hinterraum zu gehen. Hier hatte ihm Lachmann zum zweiten Mantel vorgelegt, als der Kunde ein Messer zückte und blindlings auf ihn einfiel. Der alte Mann hatte trotzdem noch die Geistesgegenwart, nach der Tür zu laufen und um Hilfe zu rufen. Das veranlaßte den Räuber mit seinem Messerhelden, der auf der Straße aufgepaßt hatte, von seinem Opfer abzulaufen und die Flucht zu ergreifen. Beide entliefen. Lachmann war so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus in Budow gebracht werden mußte, wo die Verletzungen weniger als 14 Messerstiche feststellten. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Zweedienliche Mitteilungen sind an das Landbezernat der Berliner Kriminalpolizei, Zimmer 80, Hausanruf 483 und 601 zu richten.

## Keine arbeitslosen Kriegsbeschädigten?

### Die Antwort der Hauptfürsorgestelle.

In Nr. 589 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 14. Dezember, brachten wir eine Notiz unter der obigen Ueberschrift, die sich mit der Hauptfürsorgestelle Berlin beschäftigte. Die Hauptfürsorgestelle teilt uns dazu folgendes mit: Die Firma Aktiengesellschaft Beton- und Monierbau, die allerdings in dem Artikel nicht genannt wurde, wurde von uns auf die Durchführung der Zwangseinstellung Schwerbeschädigter Mitte Juli 1921 geprüft. Es ergab sich, daß die Firma noch 5 Schwerbeschädigte einzustellen hatte, um ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu genügen. Sie verlangte, daß die Schwerbeschädigten als Bauhilfsarbeiter nach der Arbeitsstelle „Bauplatz Siemensstadt“ geschickt werden sollen. Am 2. August stellte die Firma einen Schwerbeschädigten ein. Ein Vertreter der Firma erschien danach Ende August und erklärte, er brauche „Schwerbeschädigte, die mit der Schippe arbeiten und Schutt aus dem Bau herausbringen“ können. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das keine Arbeit für Schwerbeschädigte sei. Trotzdem wurde versucht, Schwerbeschädigte zu gewinnen. Es ließ sich jedoch keiner dazu bewegen. Obwohl die Firma wußte, daß ihrem Verlangen nicht nachgegeben werden konnte und sie der gesetzlichen Einstellungs- pflicht nicht genügt hatte, verlangte sie am 27. September Schwer- kriegsbeschädigte zur probeweisigen Beschäftigung als Bauhilfsarbei- ter. Laut Abgangsmeldung der Firma legten in der Zeit von Ok- tober bis November nicht weniger als 4 Schwerbeschädigte die Ar- beit nacheinander nieder. Die Firma teilte als Entlassungsgrund mit, daß die Schwerbeschädigten den an sie gestellten An- forderungen nicht gewachsen seien oder auf eigenen Wunsch aufhörten. Am 21. November wurde durch die Vermitt- lungsstelle ein neuer Schwerbeschädigter überwiesen, der bereits aus denselben Gründen am 10. Dezember wieder entlassen wurde. Inzwischen wurde die Firma erneut aufgefordert, endlich bestimmte Arbeitnehmerzahl und die geeigneten Arbeitsplätze anzugeben. Eine Antwort ist nicht eingegangen. Wenn der Betriebsrat sich über die Hauptfürsorgestelle beschwert, so ist zu bemerken, daß nach § 78 des Betriebsrätegesetzes er verpflichtet ist, in erster Linie den Schwerbeschädigten bei der Arbeitsunter- bringung behilflich zu sein und daß er nach § 11 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter verpflichtet ist, die Hauptfürsorgestelle bei der Beschaffung ge- eigneter Arbeitsplätze im Betriebe zu unter- stützen. Wenn der Betriebsrat sich im Sinne die- ser beiden Gesetze betätigt hätte, so wäre es nicht möglich gewesen, daß die Firma schon vor der Auf- forderung der Hauptfürsorgestelle ihrer Ein- stellungs pflicht nicht genügt hat. Weiter hätte er Sorge tragen können, daß geeignete Plätze im Betriebe freigestellt würden und daß die Schwerbeschädigten, die dort beschäftigt waren, nicht gezwungen wurden, infolge der hohen Anforderungen der Firma aufzuhören. Hätte der Betriebsrat außerdem die gesetzliche Verpflichtung, einen Vertrauensmann der Schwer- beschädigten für den Betrieb zu bestellen, erfüllt, dann wäre auch das Verlangen der Firma, Schwerbeschädigte Bauarbeiter probeweisig einzustellen und mit schweren Bauarbeiten zu beschäf- tigen, vielleicht früher erfüllt oder überhaupt illusorisch geworden.

**Wichtig für Gasverbraucher in Alt-Berlin.** Die bisherigen Ausweiskarten für die von den städtischen Gaswerken mit Revidieren von Gasmessern und Gasanlagen in den Wohnungen der Verbraucher in Alt-Berlin beauftragten Personen werden mit dem 31. Dezember d. J. zurückgegeben. Am 1. Januar 1922 werden grüne Ausweiskarten statt der bisherigen grauen ausgegeben. Es wird im Interesse der Verbraucher liegen, nur solchen Personen Zutritt zu den in ihren Wohnungen befindlichen Gasanlagen zu ge- währen, die diese neuen Ausweiskarten vor- zeigen.

**Weizenmehl.** Auf Abschnitt „19“ der Groß-Berliner Lebensmittelkarte umfassen 800 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 3,80 Mark (7,25 Mark je Kilogramm). Die Ausgabe erfolgt ohne Voran- meldung in der Zeit vom 22. Dezember 1921 bis 7. Januar 1922 in den durch blaue Aushängeschilder kennt- lich gemachten Verkaufsstellen, ferner in den Verkaufsstellen der Metzerei E. Bolle und in den Verkaufsstellen der Konsumgenossen- schaft und des Beamtengewerkschaftsvereins für deren Mit- glieder. Kleinhändler, die Mehl auf Marken verabfolgen, das nicht vom Magistrat Berlin geliefert worden ist, haben strafrecht- liche Verfolgung zu gewärtigen.

**Die Errichtung eines Volkssportplatzes im Tiergarten wird be- absichtigt, und zwar soll der „Hippodrom“ genannte Reitplatz in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten dem Volkssport dienstbar gemacht werden. Zwischen dem Finanzminister, dem Oberbürgermeister Wöh- ler und den zuständigen Vereinen haben bereits Besprechungen stattge- funden. Die in Frage kommenden Instanzen sind bereit, die An- lage großer Spiel- und Sportplätze auf diesem Gelände zu fördern. Die Kosten der Anlage werden auf etwa zwei Millionen berechnet.**

**Weihnachtsabend-Planquerser.** Wie alljährlich, wird auch an diesem Heiligabend das Deutsche Tonkünstler-Orchester auf dem Sittenbergplatz zwischen 7/7 und 7/8 Uhr Weihnachtslieder spielen.

**Die Weihnachtsandacht der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung** im Gemeindefesthaus, Engelstein, ist nur noch heute und am morgigen Freitag geöffnet. Der Bedarf an Büchern, Spielen und Wandbroschüren kann deshalb nur noch während dieser Zeit gedeckt werden.

**Beiratsbildungsausschuss Groß-Berlin.** 2. Weihnachtsfeierstag, nachmittags 3/4 Uhr, in der Alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße 3, Reckonzer. Mitwirkende: Frau Wolf (Sopran), Professor Dietel, Leiter des staatlichen Instituts für Kirchenmusik, Professor Glemming (Oboe), Mitglied des Orchesters der Staatsoper, Herr Heß (Klarinette). Die W. A. D. V. Vereinigung. Die noch nicht eingelassenen Karten sind sofort abzugeben. Einzelpersonen à 6,00 M. im Bureau des Beirats- bildungsausschusses, Lindenstr. 2, Hof 4 Tr., Zimmer 12, und bei den Bildungsausschussmitgliedern aller Abteilungen, außerdem am Tage des Konzerts in der Sankt-Nicolaus-Kirche. — Ferner nachmittags 3 Uhr im neuen Volkstheater, Epenfelder Straße 68, „Die Bildente“, von Demitri Abien. Eintrittskarten einschließlich Gebühr für Kleiderablage und Theater- zettel 5,00 M. Vorkühliche Weihnachtsgeheimnisse sind unter Wandbroschüre, Drei farbige Reproduktionen „Das Ballonzimmer“ von Nengel, „Der Roblenforster“ von Schulz, und „Deale Landshaft“ von Hans Siemien. Ungerachmt 45 M. das Bild, mit Rahmen 110 M. Schwarzweiß-Litho- graphie Heimtredende Arbeiter von Seile Haff und „Die Bahnwärter- familie“ von Hans Baischel, 1/2 pro Bild 10 M.

## Bezirksversammlungen.

Am 13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof) fand die Einführung der neugewählten Bezirksverordneten durch den Genossen Bürger- meister Groh statt, der in seiner Einführungsrede darauf aufmerk- sam machte, daß es dem einzelnen Verordneten nicht immer mög- lich sein werde, alle Wünsche der Einwohnerschaft zu erfüllen. In- folge der allgemeinen Finanznot der Städte müssen vielfache not- wendige Angelegenheiten unerledigt bleiben. Trotzdem soll ein jeder bemüht sein, im Interesse der Allgemeinheit zu wirken.

Die Bezirksversammlung des 14. Bezirks, Neukölln, wurde am 16. Dezember vom Genossen Bürgermeister Scholz eröffnet. Er verpfllichtete die Bezirksverordneten nach einer kurzen Begrüßungs- rede durch Handschlag. Unter der Leitung des ältesten Mitgliedes, des Bezirksverordneten Werner, fand hierauf die Wahl des Prä- sidiiums statt. Als 1. Vorsteher wurde unser Genosse Heitmann mit 45 Stimmen gewählt. Zum Vorsteherstellvertreter wurde

## An unsere Abonnenten!

Wir bitten unsere Freunde und Anhänger, uns zu helfen! Die Papierfabrikanten haben neue Preiserhöhungen für Papier gefordert, und zwar in einer Höhe, wie sie selbst durch die in den letzten Monaten zugenommene Entwertung unserer Mark nicht be- rechtigt ist. Sie verlangen jetzt rund 1400 Prozent des Vorkriegs- preises, das ist eine 70prozentige Erhöhung des im Dezember fest- gelegten Satzes. Es wäre wirklich an der Zeit, das Monopol der Papierfabriken dem Reiche durch Sozialisierung dienstbar zu machen. Bei der zunehmenden Teuerung konnten und wollten wir uns berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht entziehen. Auch die Druckkosten und alle sonstigen Ausgaben sind erheblich gestiegen.

Damit ergibt sich für uns die Notwendigkeit, unseren Abonne- mentspreis

um 5 Mark zu erhöhen.

Wir möchten dabei betonen, daß der Bezugspreis von 20 Mark keineswegs die Her- und Zustellungskosten des „Vor- wärts“ deckt. Es ist deshalb wünschenswert, daß der Inseraten- teil des „Vorwärts“ sich noch weiter entwickelt. Das kann nur mit Hilfe unserer Abonnenten geschehen, die bei ihren Einkäufen sich auf die Inserate des „Vorwärts“ beziehen.

Wir bitten unsere Anhänger und Leser, bei der Abonnements- erhöhung auch zu berücksichtigen, daß wir bestrebt sind, den „Vor- wärts“ dauernd weiter auszubauen. Der literarischen Beilage wird im neuen Jahre eine Jugendbeilage folgen, der Mitarbeiter- und Korrespondentendienst wird von uns sorgfältig vergrößert usw. Wir wollen das

### Blatt des arbeitenden Volkes

sein; wir sind mit allen Mitteln bestrebt, die Interessen unserer Leser zu vertreten. Deswegen dürfen wir wohl erwarten, daß uns unsere Abonnenten und Kampfgenossen die Treue wahren.

Verlag „Vorwärts“.

der Unabhängige Fehner gewählt, als Beisitzer: Paul Fischer (SPD.) und Jenner (Bürgerl. Vereinigung). Die ziemlich zahlreichen Vorträge wurden, abgesehen von gelegentlichen Wünschen und Anfragen, fast debattelos angenommen. Vorträge wegen Er- höhung von ein paar Positionen mußten wegen Mangel an Mitteln zurückgewiesen werden. Aus dem gleichen Grunde mußte ein Antrag abgelehnt werden, der als Weihnachtsgabe an die Arbeits- losen 400.000 M. verlangte.

**Bezirksversammlung des 15. Verwaltungsbezirks (Tempelhof).** Die neugewählten Bezirksverordneten wurden durch Bürgermeister Grunow (U. Soz.) in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag ver- pfllichtet. Alterspräsident Bezirksv. Albin Gerisch (Soz.) leitete die Wahl des Bezirksvorstehers. Gewählt wurde durch Zu- ruf Bezirksv. Strieder (Soz.). Die übrigen Vorstandsämter wurden nach der Stärke der Parteien besetzt mit Schneider (U. Soz.), R. Müller (Dnat.), D. Müller (Komm.). Der Vorsteher machte Mitteilung von der Bildung einer Rechtsfraktion (Dnat. und Dt. Sp.) und des Blocks der Mitte (Dt. Dem., Wirtsch. Vg. und J.). Es wurde beschlossen, die Geschäftsordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung sinngemäß anzuwenden. In den Ausschüssen zur Vorbereitung und Prüfung von Wahlen wurden von der SPD. die Bezirksv. Schmalz und Strieder gewählt. Diefem Ausschuss wurde auch die Vor- lage des Bezirksamts über die Zusammenfassung der Bezirksdeputa- tionen und -ausschüsse überwiesen. In den Personalausschuss wurden von der SPD. die Bezirksv. Schmalz und Fischer gewählt. — Die Vorlage über Bildung eines Erwerbs- losenfürsorgeausschusses (gleichzeitig Unterausschuss für Demobilisierungsangelegenheiten) wurde angenommen. Ein dazu vorliegender Ergänzungsantrag, den Vorschlag nicht dem Dezernenten, sondern einem unparteiischen Vorsitzenden zu übertragen, fand An- nahme und soll der Zentraldeputation unterbreitet werden. — Die Schlosserei der kommunalen Handwerksbetriebe soll eingehen. Die erteilten Aufträge waren teilweise so klein, daß oft die Laufzeit und das Fahrgeid, die infolge der großen Ausdehnung des Bezirks entstanden, mehr Kosten verursachten, als die Arbeit selbst.

Die erste Bezirksversammlung des 18. Bezirks (Weißensee) wurde vom Bürgermeister Pfannkuch eröffnet, der auch nach einer Ansprache die Bezirksverordneten verpfllichtete. Die Bezirksver- sammlung weist neben 17 Vertretern der Linksparteien 16 bürger- liche Vertreter auf. 3 Mitglieder sind Stadtverordnete, 2 Bürgerliche, 1 SPD. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: L. Hiele- hofshausen (U. Sp.) Vorsteher; Herzog (J.) Stellvertreter; Dr. Roskall (D. Sp.) Schriftführer; Herzig (SPD.) als dessen Stellvertreter. Zum Protokollführer wurde Gemeindefreier Hilde- brand bestimmt. Ein dringlicher Antrag der SPD., das Bezirksamt zu ersuchen, den Kindern unbemittelter Eltern die unentgeltliche Benutzung der Eisfläche des Weißen Sees und des Obersees in Hohenhöfen- hausen zu ermöglichen, fand einstimmige Annahme.

Die Bezirksversammlung des Bezirks 19 (Dankow) nahm zu- nächst die notwendigen Wahlen vor. Von der alten parlamentari- schen Gepflogenheit, den Vorsteher aus der stärksten Partei zu ent- nehmen, machten die Rechtsparteien trotz des Protestes der SPD. keinen Gebrauch; sie bestanden auf ihrer Macht und wählten aus der kleinsten Partei (der Demokraten) den Bezirksverordneten Müller. Für die Stärke und Befugung der Deputationen hatten sich die Parteien verständigt bis auf die Schuldeputation und Schul- ausschuss. Hier war Listenverbindung der sozialistischen Parteien geboten, um nicht durch einen gemeinsamen Rechtsblock die U. Sp. auszuschalten.

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters, dessen Stelle am 1. Januar frei wird. An Stelle des bisherigen ganz rechts stehenden Volksparteierers Dr. Stein war der Demokrat Dr. Teeger vorgeschlagen, der auch sozialistischen Kreisen sympatisch war, aber von den Reaktionsären bekämpft wurde. Trotzdem wäre er gewählt worden, wenn die Herren von der SPD. nicht das schriftliche Verbot von ihrer Zen- trale gehabt hätten, für keinen Bürgerlichen zu stimmen. Somit ist durch die Gefanthenpolitik der SPD. Zenitale wieder ein ganz reaktionärer unbekannter Herr Dr. Meier gewählt worden. Die vier unbesetzten Stadträte wurden nach dem Verhältnis gewählt. Es entfielen auf die Deutschnationalen 1, Deutsche Volkspartei 1, SPD. 1, U. Sp. 1.

## Frisklose Entlassung von Betriebsvertretungsmitgliedern.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Unternehmer frisklose Entlassungen von Betriebsvertretungsmitgliedern vornehmen, weil diese Betriebsräte, Arbeiter- oder Angestelltenräte sich angeblich in Betriebsversammlungen oder in Verhandlungen vor dem Schlich- tungsausschuss beleidigende Äußerungen gegen den Unternehmer oder seine Vertreter zuschulden kommen lassen. — Die Unternehmer stützen sich bei ihren Maßnahmen anscheinend, soweit es sich um kaufmännische Angestellte handelt, auf § 72 Ziffer 4 des HGB., wo- nach der Unternehmer zur frisklosen Entlassung eines Handlungs- gehehilfen berechtigt ist.

„Wenn er sich Tätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zuschulden kommen läßt“.

Wenn es sich um Arbeiter, Werkmeister oder Techniker handelt, wird anscheinend § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung herangezogen, wonach der Unternehmer frisklose Entlassungen von Arbeitnehmern vornehmen kann,

„wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter oder gegen die Familienange- hörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zuschulden kommen lassen“.

Die Betriebsvertretungen vereinigen in ihrer Person zwei Eigen- schaften; einmal sind sie Belegschaftsmitglieder und unter- stehen der Arbeitsordnung, den Dienstvorschriften des Betriebes so- wie der Gewerbeordnung bzw. dem Handelsgesetzbuch. Anderer- seits unterliegen sie als Betriebsvertretungsmitglieder den Bestim- mungen des Betriebsrätegesetzes.

Wenn sich nun ein Betriebsvertretungsmitglied in Aus- übung seiner gesetzlichen Funktionen wirklich beleidigend äußern sollte, welche als Beleidigung aufgefaßt werden können, so kann der Arbeitgeber zu seinen Maßnahmen wiederum nur die Bestimmungen des HGB. heranziehen. Hier ist nach § 39 HGB. nur die Möglichkeit gegeben, vor dem Schlichtungs- ausschuss das Erlöschen der Mitgliedschaft eines Betriebsvertretungs- mitgliebes wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten zu beantragen. Daneben können event. die Beleidigten gegen das Betriebsvertretungsmitglied Privatklage erheben. Aber eine Möglich- keit zur frisklosen Entlassung besteht nicht und der Unternehmer kann, wenn ein Betriebsvertretungsmitglied wirklich gegen seine gesetz- lichen Befugnisse verstoßt, nicht Maßnahmen ergreifen, die sich nur aus dem einzelnen Arbeitsverhältnis ergeben können, gegen welches aber das Betriebsvertretungsmitglied nicht verstoßen hat, da seine Handlungen in Ausübung seiner gewisser- maßen amtlichen Tätigkeit als Betriebsvertretungsmitglied erfolgt sind.

Deshalb können die Unternehmer in solchen Fällen frisk- lose Entlassungen keinesfalls vornehmen und die ordentlichen Gerichte bzw. die Schlichtungsausschüsse müssen nach unserer Ansicht, wenn dies trotzdem geschieht, die frisklose Entlassung für unbegründet erklären. Der Unternehmer muß dann das betr. Betriebsvertretungsmitglied wieder einstellen und weiter beschäftigen. Die im § 96 Ziffer 3 enthaltene Möglichkeit für den Unternehmer, ohne Zustimmung der Betriebsvertretung ein Mitglied derselben

„aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist be- rechtigt“,

frisklos zu entlassen, kann sich nur auf Verstöße aus dem Einzelarbeitsverhältnis, nicht aber auf Verstöße in Ausübung der Funktionen auf Grund des HGB. selbst beziehen.

Die Betriebsvertretungsmitglieder tun in solchen Fällen gut, ge- mäß §§ 84 und 86 Absatz 2 die Angelegenheit sofort dem Gruppen- rat zu unterbreiten, der in einer nach § 32 HGB. ordnungsgemäß einberufenen Sitzung zu der Angelegenheit Stellung nehmen und in einer weiteren ebenso einberufenen Sitzung unter Leitung des Un- ternehmers gemäß § 29 Verhandlungsverhandlungen mit der Firma führen muß. Wenn diese scheitern, muß dann der Schlichtungs- ausschuss angerufen werden. Vor dem Schlichtungsausschuss kann von beiden Parteien Aussetzung des Verfahrens zur Klärung der Angelegenheit durch das ordentliche Gericht beantragt werden. Es ist in solchen Fällen einem Betriebsvertretungsmitglied jedoch auch möglich, gemäß § 96 letzter Absatz unmittelbar das ordentliche Ge- richt in Anspruch zu nehmen. Dann bedarf es einer Anrufung des Gruppenrates überhaupt nicht.

In sehr vielen Unternehmen sind Betriebsvertretungen vor- handen, die mit großer Energie und Sachlichkeit und nicht ohne Erfolg für die Belegschaft die Interessen derselben vertreten. Alle Absichten der Unternehmer, diese Betriebsvertretungen zu beseitigen, scheitern, solange die Mitglieder der Betriebsvertretung ihre Befugnisse aus dem HGB. sachlich ausüben. In dem Augenblick jedoch, wo sich ein Betriebsvertretungsmitglied zu einer unbedachten bzw. beleidigenden Äußerung hinreißt, haben die Unternehmer die lang- ersehnte Handhabe, die Beseitigung des Betriebsvertretungs- kollegen vorzunehmen.

Es kann deshalb nicht oft genug darauf verwiesen werden, daß die Betriebsvertretungsmitglieder sich durch nichts aus der Ruhe bringen lassen dürfen. Sie brauchen von ihren Rechten nicht das geringste nachzugeben, solange sie sachlich und mit Energie dieselben vertreten, aber unter allen Umständen vermieden werden, sich zu unachtsamen oder gar beleidigenden Ausdrücken hinreißten zu lassen. So sehr es auch manchmal verständlich sein mag, daß dem Betriebsvertretungsmitgliede der Geduldsfaden reißt. Wir können dem Unternehmertum nur durch geistige Ueberlegenheit imponieren. Außerdem entstehen, wenn beleidigende Ausdrücke gefallen sind und der Unternehmer seine Maßnahmen ergriffen hat, Differenzen, bei deren Austragung die Arbeitnehmer sich rechtlich in einer unangenehmen Lage befinden und wodurch die Kampfkraft der Arbeitnehmer ver- splittert wird. Gerade jetzt ist aber der Zusammenhalt aller Kräfte mehr als je vonnöten und deshalb sollten die Betriebsvertretungs- mitglieder das vorkiehend Ausgeführte genau beachten.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Donnerstag, den 22. Dezember:

- 23. Abt. Pankitz 7 Uhr Weihnachtsfeier in den Harnusillen, Mitternachts, im kleinen Saal. Beiderung der Kinder und der arbeitslosen Genossen.
- 24. Abt. Himmelsdorf, 8 Uhr bei Schramm, Hohenollerndamm 2, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Arbeitslosen Mitt.
- 24. Abt. Riechschönweide, Weihnachtsfeier für alle Kinder der Ab- teilung ebenda 6 1/2 Uhr im kleinen Saal des Ruffindler-Restaurants.
- Jungsozialisten, Gruppe Friedrichshagen, Die Veranstaltung fällt diese Woche aus. — Spandau, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Kreuzberger Str. 33, Weih- nachtsfeier. — Gruppe Britz, 7 1/2 Uhr Jugendheim, Chausseest. 48, Heim- abend. — Gruppe Neukölln, 7 1/2 Uhr Jugendheim, Rogatzki, 30, Heimabend. — Gruppe Siedn und Arbeitsgemeinschaft Landgemeindegans, 7 1/2 Uhr Juristische Gesellschaft, Lindenstr. 3, Vortrag des Genossen Luboski: „Der Entwidlungsprozess im Marxismus“. — Gruppe Treptow, Der Ho- rographenbund fällt aus. Dafür Beteiligung an der Weihnachtsfeier der Ho- der Jugend am Freitag. — Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Jugend- heim, Schornweberstr. 105, Bunter Abend. — Gruppe Schöneberg-Stein- haus, 7 1/2 Uhr bei Groß, Sedanstr. 17, Weihnachtsfeier. Alle jungen Parteimitglieder herzlich willkommen.

Morgen, Freitag, den 23. Dezember:

- 23. Abt. Schöneberg, Weihnachtsfeier in der Schulaula, Feutgstr. 57, um 5 Uhr. Ansprache des Genossen Dr. Reinher, Aufführungen, Kinder- beiderung. Auf vollständiges Erscheinen der Mitglieder der Abteilung wird geachtet.
- Jungsozialisten, Gruppe Kordow, 7 1/2 Uhr in der Gemeindefesthaus, Aufhäuser Straße 3-6, Heimabend. — Gruppe Lichterfelde, 7 1/2 Uhr Jugendheim, Albrechtstr. 14a, Heimabend.

## Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend, Sekretariat: H. 45, Lindenstr. 1, 2, Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: 221. 123 65-14.

Heute, Donnerstag, den 22. Dezember:

- Kordow, Jugendheim Gemeindefesthaus Aufhäuser Str. 3, Diskussions: „Luch der freien Rede“. — Gladbach-Friedrichshagen, Jugendheim Gemeindefesthaus, Aufhäuser Str. 3, Weihnachtsabend. Vortrag: „Die Gleichberechtigung der Frau“.







**Sehlfäher und Raglans zur Reise**  
aus Homespun und gemustertem  
Cheviot. M. 475, 525, 650, 950  
bis 1050

**Mausjoppen und Schiefträge in**  
großer Auswahl

**Gummimäntel in vielen guten Quali-**  
täten und Fassons. M. 350, 395, 450,  
550, 625, 750, 850 bis 1200

**Jacket-Anzüge in guten Qual. u. best.**  
Verarbeitung. M. 550, 750, 950, 1050,  
1250, 1450

**Knaben-Anzüge in Hosen-, Schläpfer-**  
und anderen Formen, aus vorzüglichen  
Wollstoffen. 100, 150, 195, 250, 300

**Jünglings-Anzüge in großer Auswahl,**  
nur M. 350, 450, 550, 650, 750, 950

**Gezweifelte Hosen, größtenteils unter**  
Herstellungspreis. M. 55, 112, 121,  
135, 175, 250, 350

**Nur Qualitätsware**  
kommt zum Verkauf

**Warme mollige**  
**Ulster**  
**am Lager**

**M. Schulmeister**  
Kottbuser Tor  
Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

**Theater, Lustspiele usw.**

**Opernhaus**  
**Die Vögel**  
7 1/2 Uhr

**Volksbühne**  
Theater am Ballplatz  
**Maffe Mench**  
7 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
**Peer Gynt**  
7 1/2 Uhr

**Lessing-Theat.**  
7 1/2 Uhr: Wenn wir Toten  
erwachen

**Deutsch. Theat.**  
7: Ein Trauerspiel  
Fig. 7 1/2: Louis Ferdinand  
Prinz von Preußen

Freitag 7. u. 1. Male:  
**Die rote Robe**  
Sonnabend geschlossen  
Sonntag 3: Peer Gynt  
7 1/2: Die rote Robe  
Montag 3: Die Spielereien  
einer Kaiserin

**Kammerspiele**  
8: Der Hühnerhof  
Fig. 8: Der Hühnerhof

7 1/2: Die rote Robe  
Dienstag 3: Fitzlitz  
7 1/2: Wenn wir Toten  
erwachen

**Gr. Schauspielh.**  
(Karistraße)  
7 1/2: Dantons Tod  
Freitag geschlossen

**Deutsches Künstler-Th**  
Heute u. morgen 7 1/2:  
**Der heilige Ambrosius**  
(Max Adalbert)  
Sonnabend geschlossen  
Sonntag und Montag 3:  
**D. Ballerina d. Königs**  
Allabendlich 7 1/2:  
**D. heilig. Ambrosius**

**Theater i. d.**  
**Königsgrätz. Str.**  
Moskauer Künstler-Th.  
7: Brüder Karamasow  
1. u. 2. Feiertag:  
Maman Lescaut  
(Maria Orska)

**Trianon-Theat.**  
Heute 4 Uhr kleine Pr.  
Rotkäppchen  
Heute, morgen und an  
beid. Feiertagen 7 1/2 Uhr:  
**Kümmers Dich**  
um Amelle

**Komödienhaus**  
**Die Fahrt**  
ins Blaue  
7:30 Uhr

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Berliner Theat.**  
Heute geschlossen  
An den Feiertagen:  
Prinzessin Orla  
Fritz Messary u. O.

**Theater d. Ostens**  
(Rose-Theater)  
Geschlossen

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 37 7 1/2 Uhr:  
**Der Weg z. Glück**  
An allen Feiertagen  
2 Vorstellungen  
7 1/2: Der Weg z. Glück  
3 1/2: Martins Abenteuer

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Apollon-**  
Theater 8  
Uhr: Jam. Klein  
An beiden  
Feiertagen  
8 1/2 Uhr  
Orig.-Besetzung:  
**Frau Luna**  
Vorverk. eröffnet

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Grigolatis-**  
Luft-Ballett  
Oskar Saha u. G.  
Eise Berna  
Martin Kottner  
Fritz Arco  
Fritz Steidl  
**50 Damen-**  
Ballett!

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Detektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Carmen

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater**  
Freitag, den 23. Dezember 1921, abends 7 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Der Frauenräuber**  
Operette in 3 Akten. Text von Felix Grünbaum und Herbert Steined.  
Musik von Kurt Jorlig.  
Spielführung: Carl Grünwald.  
Tänze: Jan Trojanowsky. In den Hauptrollen:  
Corbi Milowitsch u. G., Dora Orach, Ida Berry, Carl Grünwald,  
Fritz Langendorf, Theo Lucas, Alfred Scherzer, Franz Schwaiger.  
Vorverkauf für die Premieren- und Felerions-Aufführungen ab heute an der Tageskasse  
von 10 1/2 bis 6 Uhr und bei H. Wertheim und Invalidendank.

**Tagl. 8 Uhr**  
Persönliches  
Austreten  
**Sylvester**  
**Schäffer**  
sowie der große  
Variété-Spielplan  
Vorverkauf 11-2

**WINTERGARTEN**  
Variété-Spielplan  
Rauchen gestattet

**A. Hefter**  
Arts u. Gifts Berlin  
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 79/8.  
Zu den Festtagen:  
Präsentkörbe, fertig garniert,  
Mark 200.—, 300.—, 500.—,  
auch nach bes. Wünschen zus. gestellt.

**Apollon-**  
Theater 8  
Uhr: Jam. Klein  
An beiden  
Feiertagen  
8 1/2 Uhr  
Orig.-Besetzung:  
**Frau Luna**  
Vorverk. eröffnet

**Reichshallen-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr u.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner**  
Sänger  
Vorverk. eröffnet

**Der kluge Mann**  
baut vor!  
Können Sie aus diesem Grunde  
rechtzeitig für die Weihnachts-  
woche die Eintrittskarten für den  
Circus Busch, den Circus der  
Berliner seit 20 Jahren, am Bahnh  
hof Börse, für sich und die Kinder  
im Vorverkauf Wertheim und an  
den Circuskassen.

**Frau Luna**  
Große Ausstattung  
Operette von  
Paul Lincke  
mit dem  
Orig.-Besetzung  
**Der Herr der Welt**  
Vorverk. eröffnet

**Admirals - Palast**  
7 1/2 Uhr: **Ahrakadabra**  
Morgen 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung!**  
**Futuristischer Carneval**  
D. Prinzessin v. Tragant  
im Gespensterschloß  
jedes  
Quan-  
tum  
kauft Metall-Kontor  
John. Alte Jakobstr. 135

Zu noch sehr angemessenen Preisen kaufen Sie:  
**Seidenschals** . . . . . von 32.- an  
**Wollschals** . . . . . von 65.- an  
**Rodelgarnituren** (Schal und Mütze) von 135.- an  
Oberhemden, Einsatzhemden, Normalwäsche, Seiden-  
krawatten und Strickbinder, Leinen- und Sportwäsche  
Spezial-Dauerwäsche i. best. Qual. noch sehr preiswert bei  
**J. Alberg,** . . . . . Berlin, Oranienst. 199  
Berlin, Danziger Str. 14

**Grigolatis-**  
Luft-Ballett  
Oskar Saha u. G.  
Eise Berna  
Martin Kottner  
Fritz Arco  
Fritz Steidl  
**50 Damen-**  
Ballett!

**Admirals - Palast**  
Freitag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
**Uraufführung**  
unter persönlich. Leitung des Komponisten  
**Futuristischer Carneval**  
Ballett in einem Bild von Leo Bartschek.  
Musik von Dr. Frieder Weidmann.

**Der Arbeiter kauft zu Weihnachten Bücher**  
**M. Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe**  
In 1041 Seiten.  
Teil 1: Mittelalter (112 Seiten) 2. Aufl. Preis 8 RM.  
Teil 2: Mittelalter (110 Seiten). Dieser Teil um-  
schließt die Geschichte der sozialen Ideen vom 4. bis zum  
14. Jahrhundert . . . . . Preis 8 RM.  
Teil 3: Neuere Zeit (14.-18. Jahrhundert). Dieser  
Teil schildert die Bauernkriege, die Aufhebung  
und die Utopien . . . . . Preis 12 RM.  
Teil 4 und 5 erscheinen in Kürze.  
Preissenkung über Teil 1 und 2:  
„Vorwärts“, Berlin: In seiner Arbeiterbibliothek, auch nicht in der Bibliothek des einzelnen strebenden  
Arbeiters sollte Beers „Geschichte des Sozialismus“ fehlen. Die durch die größte Konzentration erreichte  
Raumbefreiung ermöglicht einen Unschlagungspreis, der weit unter dem anderen wissenschaftlichen Werte liegt.  
**Scheldemann, Der Zusammenbruch.**  
Organisations-Kausgabe. Geb. anstatt 30 RM. 25 RM.  
Eine festsitz. Darstellung der sozialistischen  
Jahre unseres Volkes. Gebunden anstatt  
15 RM. . . . . 12 RM.  
Der Verfasser hat in die am Bande seinen eigenen  
Entwicklungsprozess beschrieben.  
**Kurt Heinig, Hohenzollern: Wilhelm II. und sein Haus.**  
Der Kampf um den Kronbesitz.  
Org.-Ausg. Gebunden anstatt 30 RM. . . 25 RM.  
**Barvus, Aufbau und Wiedergutmachung.**  
Organisations-Kausgabe. Gebund. anstatt 60 RM.  
für 45 RM. — Edward Bernstein: Zwei Eigen-  
schaften vornehmlich sind es, die das Buch lebenswert  
machen: das realpolitische Denken des auf diesem  
Gebiet beflaggten Verfassers und seine Gespinntheit rühmlichen Ausprägung erlangter Tatsachen.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Lindenstr. 2**

**Neu inszeniert:**  
**Die Prinzessin von Tragant**  
Tanzspiel in einem Akt von H. Regal.  
Musik von Oskar Straus.

**Im Gespensterschloß**  
Eine mimische Spukgeschichte von Leo  
Bartschek. Musik v. Julius Einödshofer.  
In den Hauptrollen:  
Dora, Gertraud Link, Lotte Scheffler,  
Eric-Ericson, Alex Nordheimer,  
Bob Laenge, Hans Gungowski.

An beiden Weihnachts-Feiertagen:  
**Nachmittags - Vorstellungen**  
bei kleinen Preisen.  
1. Feiertag 3 1/2 Uhr: Die roten Schuhe.  
2. Feiertag 3 1/2 Uhr: Ahrakadabra.  
An beiden Tagen Futuristischer Carneval,  
Prinzessin von Tragant,  
7 1/2 Uhr: im Gespensterschloß.  
Vorverkauf: Theaterkasse A. Wertheim  
und Invalidendank.

**SOADA**  
Täglich 8 Uhr:  
**Große Klasse**  
An beiden  
Feiertagen 3-30  
zu halben Preisen  
das volle Programm  
**Heiligabend**  
geschlossen  
Die Variefe-  
Bühne

**Billige**  
**Weißweine**  
**Rosweine**  
**Bordeaux**  
**Burgunder**  
**Seki**  
**Cognac**  
**Punsche**  
**Rum**  
**Arac**  
sämtliche in- und  
ausländischen  
**Liköre**  
**Süddeutsches**  
**Weinhaus**  
G. m. b. H.  
**Weingroßhandlung**  
Hauptgeschäft:  
Leipziger Str. 13  
Tel. Ztr. 15102 u. 8920  
2. Geschäft:  
Charlottenstr. 71  
Tel. Ztr. 7314  
3. Geschäft:  
Friedrichstr. 64  
4. Geschäft:  
Charlottenburg  
Wilmsdorf Str. 56  
a. Kurfürstendamm,  
Stpl. 6416  
Verlangen Sie unsere  
neueste Preisliste!

**Richard Bonneck**  
Deutschlands größtes Spezialgeschäft  
für Trauringe, gegründet  
1892.  
1 Ring Duktus 0.900 gestempelt von M. 135 an  
" " " " " 3 Gramm M. 450  
" " " " " 3,5 " " 525  
" " " " " 5 " " 750  
" " " " " 7 " " 1050  
" " " " " 0.585 gestempelt von M. 150 bis M. 400  
" " " " " 0.333 " " 60 " 210  
Sämtliche Ringe 2 1/2-7 mm breit am Lager.  
Alles fix u. fertig z. Mitnehmen!  
Sämtliche Preise inkl. Luxussteuer.  
Diese Ringe, Ornament  
„Rose“ u. „Myrte“ so-  
wie mit Inschrift „Du  
bist mein“, „Mit Willen  
Dein eigen“ (in 0.585  
Gold) von M. 275.— an  
alle Weiten vorrätig.  
Katalog gratis! Versand nach außerhalb.  
**Riesenauswahl** aller in der Uhren- und  
Juwelenbranche vorkommenden Waren.  
Stets Gelegenheitskäufe in Brillanten  
**Richard Bonneck**  
Hauptgesch.: Berlin N. Schönhaus. Allee 45  
(Hochbahn; Danziger Str.). Tel.: Humb. 1314  
Filiale: Landsberger Allee 41.  
Telegramm-Adresse: Goldonkel, Berlin.  
Ankauf von Goldsachen und Juwelen.  
Fahrgehd wird vergütet.  
Reichsbank-Giro-Konto

**Ankauf**  
**Juwelen**  
**Margal & Co.**  
Kanonierstr. 9.

**Teppiche**  
kauft man am besten in dem seit  
50 Jahren bestehenden  
**Teppichhaus**  
**Brünn**  
Hackescher Markt 4  
am Bahnhof Börse  
Große Auswahl!  
Billigste Preise!

**Münzen**  
Sammlungen  
kauft Ball, Berlin  
Wilhelmstr. 46-7  
**Münzen**  
Handlung

**Dringender Bedarf!**  
**Kokoski** kauft wieder  
und zahlt für  
**Brillanten, Edelsteine**  
Platina, Gold- und Silberbruch  
sowie Gegenstände den höchsten Lageschutz  
Direkte Verzierung.  
Brunnerstr. 168 Goldwarenfabrik  
mit elektr. Betrieb.  
Tel. No. 3490 3491 3492 3493

**Russ.-Deutsches Theater**  
**Der blane Vogel**  
Goltzstraße 9  
Nollendorf 1613  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Vorverkauf abgeschlossen!

**SOADA**  
Täglich 8 Uhr:  
**Große Klasse**  
An beiden  
Feiertagen 3-30  
zu halben Preisen  
das volle Programm  
**Heiligabend**  
geschlossen  
Die Variefe-  
Bühne

**Krause**  
**Pianos**  
zur  
**Miete**  
Ansbacher Str. 1.  
Ecke Kurfürststr.

**Pelz-**  
Werden  
n. solid.  
Verarb.  
günstig!  
Goldstein, Dresd. Str. 1, I  
a. Hochbahn, Kottb. Tor

**Gardinen**  
ster., best. u. Tischdeck.  
Gard.-Desk., Bettwäsche  
sowie fertige  
**Betten**  
federreicht  
**Teppiche**  
in alle Größen  
als es auf bequeme  
Teilzahlung  
zu äußerst günstigen  
Bedingungen  
**M. Beiter**  
Lothring. Str. 67



Wie steht's mit der Reichseisenbahn?

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat soeben eine 158 Seiten starke Schrift herausgegeben, um die Ursachen des Milliardendefizits der Reichseisenbahn im Lichte geschichtlicher Tatsachen aufzuzeigen.

Eigentlich war es Sache der Verwaltung, schon längst den unangenehmen Angriffen gegen die heutige Verfassung der Eisenbahnen einmal energisch entgegenzutreten und an Hand des amtlichen Tatsachenmaterials zu zeigen, daß

nicht der Achtskudentag, sondern der Militarismus und der Kapitalismus die Eisenbahnen herunter brachte. Doch damit würde die Verwaltung die Brücken des Breitenbachschen Systems hinter sich abbrechen und zugleich den Brückenbau behindern, den Sinnes und seine Schritte ausführen, um die Reichseisenbahnen in ihre Hände zu bekommen.

Kein staatliches und kein privates Unternehmen ist während des ganzen Weltkrieges und auch noch dem Zusammenbruch so grauam und unverantwortlich ausgefaßt und heruntergewirtschaftet worden, wie gerade die deutschen Eisenbahnen samt ihren Werkstätten.

Die Schrift erinnert daran, daß während des Krieges Transport- und Ausschleißleistungen jahrelang unter den höchsten und persönlichen Selbstkosten geleistet wurden; daß das Bau-, Unterhaltungs- und Erneuerungsprogramm der Eisenbahnen immer mehr eingeschränkt und schließlich völlig eingestellt wurde; daß die Vorräte an hochwertigem Material völlig verbraucht wurden; an die Umstellung auf Kriegserzeugnisse hinsichtlich des Personals und des Materials; an die ungeheure Verminderung des Fuhrparks infolge des militärischen Zusammenbruchs und des Friedensvertrages; an

die völlige Verwahrlosung der Bauten, Betriebseinrichtungen, Werkstätten und des Fuhrparks infolge des Rüstungsprogramms; die Abfindungen für das abgegebene und verlorene Material zum damaligen Sachwert anstatt zu den inzwischen ungeheuer gestiegenen weltlichen Wert; an die dadurch notwendigen enormen Mehrausgaben für die Wiederbeschaffung, Instandsetzung und Erneuerung des Materials zu den hohen Nachkriegspreisen; an die Heranziehung der Eisenbahnermaterialien und der früher mit der Herstellung von Eisenbahnmateriale beschäftigten Privatindustrie zur Kriegswirtschaft; an die zahlreich, heute brachliegenden Erweiterungs- und Neubauten zu Kriegszwecken, und an die Einstellung und Verwendung von zahlreichen Schwerkräftigen u. a. m. Bevor die infolge des Krieges und der Kriegsmassnahmen

auf den Hund gebrachten Staatseisenbahnen endgültig auf das Reich übernommen wurden, hätte unbedingt eine großzügige Abschätzung und Abrechnung der Kriegseinstellungen und -opfer erfolgen müssen. Die sich dabei ergebenden Milliardensummen müßten auf den allgemeinen Reichshaushalt übernommen werden. Ferner müßten die infolge der laut Friedensvertrag an die gegnerischen Mächte abzuliefernden Lokomotiven und Wagen entfallenden Mehrausgaben für Beschaffungskosten, der Reichseisenbahn gutgeschrieben werden. Statt dessen erscheinen in den Haushaltsplänen der Reichsbahn Millionenausgaben, die vor dem Krieg grundsätzlich und hauptsächlich durch Anleiheerlöse bestritten wurden.

Der erste Abschnitt der Schrift enthält wertvolle Beiträge zur Vorgeschichte der Reichsbahn, der zweite Abschnitt schildert

die veränderten Wirkungen des Weltkrieges auf die deutschen Staatseisenbahnen — Personalschwierigkeiten in der Heimat, die Ursachen der Materialnot, Blodade, Hindenburg-Programm und Kriegserfahrungen, die Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, die Beschlagnahme der hochwertigen Metalle, die Kohlennot und ihre Folgen, die Dampferzeugung, den Mangel an Dichtungstoffen, Asbest und Gummi, die Vernachlässigung des Eisenbahnerbaues, die organisatorischen Notmassnahmen und die letzte Bewegung für die Reichsbahnen vor dem Zusammenbruch —, im vierten Abschnitt den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen; im letzten Abschnitt erbringt sie

Beweisstücke für die Mißwirtschaft der Eisenbahn aus der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart. Das Sündenregister der Verwaltungen ist recht reichlich dafür, wie hier noch

vielfach mit Material und Geldern gewirtschaftet wird. Ein Kapitel für sich bildet die „Unwirtschaftliche und unerlaubte Verwendung von Personal und Material zu Privat Zwecken einzelner Vorgesetzter“. Die Arbeiter werden in der Regel während der Dienstzeit wochen- und monatelang für Garten- und Ackerbau, zum Bau von Hühner-, Hasen-, Schweine- und Ziegenställen, Gartendüschchen usw. herangezogen, und die Berechnung der Löhne erfolgt selbstverständlich auf Bahnbau, Fahrzeugunterhaltung u. dgl. m. Hinzu kommen „die Leistungen für Dritte, Bohnhofbuchhandlungen und Bahnhofs-wirtschaften, Schlaf- und Speisewagen und „Beförderungseinrichtungen“. Die Schrift läßt es jedoch nicht bei der Kritik der Dinge bewenden.

Sie will zur Besserung beitragen.

Inbesondere wird auf die Entschleifung vom 16. März 1921 hingewiesen, die das Vorstandsmitglied des Eisenbahnerverbandes Lorenz Breunig bei der Beratung des Haushaltsplanes 1921 für die Reichseisenbahn eingebracht hat.

Die Eisenbahner wollen sich nicht nur der unberechtigten Vorwürfe erwehren, als ob ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen an der Unterbilanz der Reichseisenbahnen schuld seien, sondern sie haben außerdem das größte Interesse mit daran, daß ihr Werk lohnend und nicht durch Lage oder unfähige Verwaltungen und durch Begünstigungen der Privatunternehmungen sabotiert wird, um so dem Industrielkapitalismus die Absicht zu erleichtern, den ganzen Betrieb an sich zu reißen. Das Gegenteil muß geschehen: die Reichseisenbahn muß

aus der Abhängigkeit der Privatindustrie heraus.

„Die Eisenbahnverwaltung müßte also Kohlenzechen, Eisen- und Stahlwerke, Waggon- und Lokomotivfabriken erwerben, um daraus entweder den ganzen Bedarf oder wenigstens einen erheblichen Teil des Bedarfes zu Selbstkostenpreisen decken zu können.“ „Es ist allerhöchste Zeit, heißt es zum Schluß, daß die Reichseisenbahnverwaltung, wie überhaupt die Reichsregierung, mit der Demokratisierung der Verwaltung ernst macht.“

Oesterreichische Parteigeschichte.

Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu schreiben, ist Viktor Adler vom Innsbrucker Parteitag 1911 in einer feierlichen Abendstunde einstimmig erucht worden; aber der Einiger der österreichischen Sozialdemokratie fand in der Tagesarbeit die Ruhe nicht, bis er am Morgen der Proklamierung der Republik als ihr erster Außenminister starb. Vor ihm, noch im Kriege, war Fernerstorfer dahingegangen, der viel Beschäftigtes ausgezeichnet hat, aber noch ist es nicht veröffentlicht. Nun hat sich Ludwig Brügel aus Wien gemacht und soeben hat die Wiener Volksbuchhandlung den ersten Band seiner Arbeit herausgebracht, den Beitrag eifriger Durchforschung der Archive. Das Buch reicht vom Vormärz bis zu jenem Hochratsprozeß, der im Juli 1870 den Führern der gewaltigen Wahlrechtsdemonstration vom 13. Dezember 1869 gemacht wurde, mit der die Arbeiterbewegung in Oesterreich die Bühne der Politik betrat. In jenen alten Zeiten, die durch die „freiherrliche“ Verfassung von 1867 in Hinsicht auf die Arbeiterbewegung nichts von ihrem Vorzeigeverlust verloren, äußerte sich die Fürsorge des k. k. Staates für die Arbeiter meist in Beihilfe und Verbot jeder Vereinsgründung. Schon an den alten Weilling hielten sich österreichische „Konfidenten“, und mehr als die Arbeiter verfolgten die Behörden das Aufsteigen der Arbeiterbewegung im „außerösterreichischen Deutschland“, um des Ministerpräsidenten Schmerling interessanten staatsrechtlichen Ausdruck zu gebrauchen. Schon 1844 wurden zwei Brüder Schellag, die Weilling in Wien dem „Bund der Gerechten“ gewonnen hatte, zum Tode verurteilt, aber zu acht- bis zwöfmonatigem Kerker begnadigt. Erst Lassalles Agitation fand in Oesterreich ein stärkeres Echo, wenn auch nur in dem egerischen Grenzort Wsch eine Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entstanden ist. Die Gründung des heute noch bestehenden Wiener Arbeiterbildungsvereins wurde, nach vorherigem Verbot, endlich am 18. November 1867 gestattet; drei Arbeiter, Mühlhausen, Fehlinger und Feuerstein, waren die Protagonisten, und bald spielte der Lassalleaner Hartung, ein Norddeutscher, eine Führerrolle. Der Berliner „Sozialdemokrat“ begrüßte warm die erste große Versammlung in Wien.

Als der Wiener Gemeinderat einen Beschluß gegen das Konkordat gefaßt hatte, erhielt er unterm 16. November 1867 einen herzlichen Glückwunsch von dem „Demokratischen Volksverein“ in Leipzig, gezeichnet Bebel, Nuttle und Liebknecht. In der konstituierenden Versammlung des Arbeiterbildungsvereins bekannten sich unter stürmischem Jubel auch die — farbentragenden Studenten zur Sozialdemokratie! Schon 1868 komponierte Josef Schau noch einem anonymen Text, den man im Briefkasten des Vereins fand, das „Lied der Arbeit“, das bis heute gesungen wird. Am 1. Januar 1868 richtete J. B. v. Schweiger ein Manifest an die Wiener Arbeiter, und am 11. April 1868 folgte ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen

Arbeitervereins, gezeichnet Vizepräsident Fritz Wende, in dem auch folgende Verse zu lesen sind:

Wir wollen all' für einen stehen  
Und einer steht'n für alle,  
Und stehen oder untergeh'n  
Mit Ferdinand Boffalle.

Im Herbst entstanden Arbeitervereine in der Provinz. Schon damals mußte auch zur Nationalitätenfrage Stellung genommen werden — es geschah im Sinne der Demokratie, Gleichberechtigung und Verbrüderung. Das Verbot des geplanten Arbeiterverbandes durch das „demokratische Bürgerministerium“ mußte als Siegel auf die Erklärung, daß der Nationalitätenhader reaktionäre Mache sei, wirken. Das Verbot war auf Franz Joseph allerhöchstpersönlich zurückzuführen. Indessen spielte bei der Lotenfeier für Lassalle am 29. August 1868 noch eine k. u. k. Militärkapelle mit. Nach der Auffstellung des ersten sozialdemokratischen Programms in Wien durch Hartung und in Nürnberg auf dem bekannten Arbeitervereinstag, wurden jedoch alle sozialdemokratischen Versammlungen verboten, das sozialdemokratische Komitee aufgelöst und seine Mitglieder verurteilt. Im April 1869 erschien die „Volksstimme“, geleitet von Hartung und Oberwinder, es entstanden die ersten Fach- und Gewerksvereine. Most sprach in Wien und bald darauf, vor Tausenden, Wilhelm Liebknecht. Es folgte die schon erwähnte Demonstration, die Flucht Hartungs in die Schweiz und die Verfolgungsära.

Den Arbeiterbüchereien sei die Anschaffung des interessanten Brügel'schen Werkes, das viele Aufschlüsse über Politik und Wirtschaft jener Zeit bringt, empfohlen.

Soziales.

Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichsarbeitsminister hat sich in einem Rundschreiben an die Sozialministerien der Länder mit den Rückwirkungen beschäftigt, welche die gegenwärtige günstige Lage des Arbeitsmarktes auf die Erwerbslosenfürsorge ausüben muß. Im Bereich der unterführten Erwerbslosenfürsorge wünscht der Reichsarbeitsminister insbesondere eine sorgfältige Sichtung der Erwerbslosen. Für eine große Zahl von Berufen liegt der Arbeitsmarkt zurzeit so günstig, daß eine Beschränkung der Unterführungsdauer auf drei- bis vier Wochen berechtigt erscheint, da in diesem Zeitraum der Arbeitswillinge mit Sicherheit Arbeit zu finden vermag, und auch bei den übrigen Berufen werden die Voraussetzungen für eine Unterführung über 26 Wochen hinaus bis auf weiteres nur mehr selten gegeben sein.

Der Berufsberatung soll vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt werden, die Umstellung und Umscheidung von Erwerbslosen aus Berufsgruppen mit ungünstiger in solche mit auskömmlicher Beschäftigungslage soll vermehrt betrieben werden. Hierzu wird insbesondere die produktive Erwerbslosenfürsorge dienstbar zu machen sein, während andererseits die sogenannten „Notstandsarbeiten“ im Hinblick auf die vermehrte Arbeitslosigkeit in der allgemeinen Wirtschaft eingeschränkt werden können. Diese Notstandsarbeiten sollen in erster Linie den langfristig Erwerbslosen zugute kommen.

Notstandsarbeiten dürfen nur in solchen Bezirken begonnen werden, in denen die Zahl der unterführten Erwerbslosen drei vom Tausend der Einwohner und mehr beträgt. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß Arbeiten, die ordnungsmäßig in den Gemeindehaushalt gehören, nicht zu Lasten der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden dürfen, da sie eine Vermehrung an Arbeitslosigkeit bedeuten. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge können bestimmungsgemäß nicht dazu dienen, die finanzielle Belastung öffentlicher Verbände zu vermindern.

Die Anwendung all dieser Richtlinien wird dazu führen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge mehr noch als bisher Maßnahmen fördern wird, die — sonst aus Mangel an Mitteln nicht ausführbar — unzweifelhaft hohen wirtschaftlichen Wert aufweisen. Das sind die Verbesserungen des landwirtschaftlichen Bodens (Meliorationen), die Errichtung von Kulturgrünanlagen in die Städte, Verkehrsbauten usw. Die Bereitstellung und Vorbereitung solcher Arbeiten im weitesten Umfang zur Abwehr der kommenden Erwerbslosigkeit ist dringend zu wünschen.

Bund zur Förderung von Werkgemeinschaften e. V. Führende Kreise der Jugendbewegung gründeten vor kurzem in Hamburg den Bund zur Förderung von Werkgemeinschaften. Die ersten Werkschriften, die die Bundesgeschäftsstelle in Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 16 IV, versendet, lassen nicht allein den jütischen Glauben an die Gemeinschaft erkennen, zeigen darüber hinaus, daß es sich nicht um utopische Pläne handelt, sondern um Erhaltung und Förderung schon bestehender Werke und Stedlungen.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl — Enorme Vorräte. Erstkl. Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

- Schlüpfer, Raglans und Ulster 600 00
Schlüpfer, Raglans und Ulster 900 00
Winter-Paletots 775 00
Winter-Joppen 175 00
Gummimäntel 350 00
Knaben- u. Jünglings-Schlüpfer 260 00
Knaben - Anzüge 120 00

- Jünglings-Anzüge 350 00
Burschen-Anzüge 270 00
Jackett-Anzüge 450 00
Jackett-Anzüge 800 00
Sport-Anzüge 850 00
Sweater-Anzüge 116 00

- Sport-Hosen 150 00
Hosen 70 00
Herren-Westen 80 00
Herren-Unterhosen 35 00
Herren-Unterhosen 60 00
Herren-Hemden 72 00
Schals 39 00

- Pelzjoppen 375 00
Fahrpelze 400 00
Ulster 285 00
Winter-Anzüge 390 00
Engl. Offiziersmäntel 575 00
Amerikan. Mäntel 250 00
Anzüge 200 00
Herren-Litewken 110 00

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Telokogen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestraße 29-30



